

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Volk-Zeitungs-Verzeichnisse für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 3 Uhr Nachmittags geöffnet.
Korrespondent: Amt 1, Nr. 1545.
Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Dienstag, den 12. März 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Der agrarische Staatsrath und der „Antrag Kanitz“.

Heute, am 12. März, tritt der Staatsrath in Berlin zusammen, der darüber berathen soll, wie die Lage der ackerbautreibenden Bevölkerung gebessert und gehoben werden könne. Das ziemlich lang gehaltene Programm zu diesen Berathungen haben wir bereits in der Nummer vom 5. d. M. veröffentlicht, und wir machten schon damals darauf aufmerksam, daß der „Antrag Kanitz“, ebenso, wie er in der Reihenfolge den übrigen Punkten vorangeht, auch seiner Bedeutung nach bei den Berathungen dieser Agrarkonferenz die erste Rolle spielen werde.

Der „Antrag Kanitz“ ist ein Plan unserer Großgrundbesitzer, denen, durch die Zufuhr ausländischen Getreides veranlaßt, der inländische Getreidepreis zu stark gesunken ist, und die nun den gesamten Handel mit ausländischem Getreide den Privathänden entreißen und daraus ein Staatsmonopol machen wollen, mit der Bestimmung, daß der Staat das zur Ernährung der deutschen Bevölkerung nöthige ausländische Getreide auf dem Weltmarkt so billig wie möglich kaufen, es aber im Inland billiger als zu dem Durchschnittspreis der letzten 40 Jahre verkaufen soll. Da der Getreidepreis gerade in den letzten vierzig Jahren, namentlich von den fünfziger bis zu den achtziger Jahren, die höchsten Sätze aller Zeiten, von Hungerjahren abgesehen, erreicht hatte, und da unsere Großgrundbesitzer ihr Getreide natürlich zu denselben hohen Preisen verkaufen könnten, wie es der Staat zu verkaufen gezwungen wäre: so hoffen die Großgrundbesitzer, die Agrarier, durch dieses Geschäft ein ganz vorzügliches Geschäft zu machen, da die Getreide- und damit die Brotpreise in Deutschland gegen den jetzigen Stand fast auf das Doppelte steigen würden. Man spricht daher bei dem „Antrag Kanitz“ nicht ohne guten Grund von einem „agrarischen Nabuzug allergrößten Stils“.

Trotzdem soll gar nicht verkannt werden, daß sich nicht nur die fern von abnahmefähigen größeren Städten befindlichen kleineren Bauern, sondern auch ein großer Theil der sogenannten „Großgrundbesitzer“ in schwieriger, vielfach sogar in unhaltbarer Lage befindet. Dies sind namentlich diejenigen, die in den 60er und 70er Jahren, als die Getreidepreise infolge der zunehmenden Bevölkerung fortgesetzt stiegen, Landgüter zu sabelhaft und ganz ungerechtfertigt hohen Preisen gekauft haben, die auf diese sehr hohen Kaufpreise hohe Restkaufgelder stehen lassen oder hohe Hypotheken aufnehmen mußten, und diese Hypotheken und Restkaufgelder nun, noch dazu zu dem damals herrschenden hohen Zinsfuß, verzinsen müssen. In der ersten Zeit konnten diese Zinsen bei den hohen Getreidepreisen herausgewirtschaftet werden. Allmählig aber traten infolge der Entwicklung des Eisenbahnwesens Rußland, Ungarn u. c., infolge der Entwicklung der Dampfschiffahrt

Amerika, Indien, ja selbst Australien mit ihren Getreidemassen auf den deutschen Markt; es wurde fortgesetzt mehr angeboten, als gebraucht wurde: und die Preise fielen, ja sie haben gegenwärtig einen ganz ungewöhnlich tiefen Stand erreicht.

Aber was weiter? — Jetzt soll der Staat mit seinen Nachmitteln die Getreidepreise auf annähernd die höchste Höhe schrauben, die sie jemals gehabt haben. Das brotessende Volk zahlt diese wahrhaft kolossale Getreidesteuer, und die getreideverkauenden deutschen Großgrundbesitzer machen den immensen Gewinn. — Und welche Veranlassung liegt hierzu vor? Die Agrarier behaupten, man müsse die Getreidepreise auf solcher Höhe halten, um die Landwirtschaft zum Körnerbau zu veranlassen, damit — falls dem Deutschen Reich bei einem Kriege die auswärtige Getreidezufuhr abgeschnitten sein sollte — Deutschland seine Bevölkerung und das Heer selbständig ernähren könne.

Aber abgesehen davon, ob eine solche politische Konstellation überhaupt möglich ist — und sie wird von erfahrenen Politikern nicht für möglich gehalten — wäre doch zu untersuchen, ob in Deutschland nicht auch Getreide gebaut werden könnte, ohne die Heizmittel des Grafen Kanitz.

Wenn das Getreide billiger geworden ist, wenn sich aus seinem Erlös die Zinsen für die oben erwähnten hohen Hypotheken u. c. nicht mehr bezahlen lassen, so ist eben damit folgerichtig auch der Werth der Güter gesunken. Bei denjenigen Gütern, die sich schuldenfrei in den Händen des Landwirths befinden, hat dies volkswirtschaftlich weiter gar nichts zu sagen. Wenn der Graf K. P. K. anstelle der früher aus dem Gut gewonnenen 100 000 M. jetzt jährlich nur 75 oder 50 000 M. heranschlägt, so muß sich der „Bedaunerswerthe“ eben „einrichten“, und er wird auch so nicht verhungern. Der Pächter aber wird vielleicht die Pacht, der verschuldete Besitzer vielleicht den Zins nicht weiter bezahlen können. Beide werden vielleicht falliren. Das Pachtgut wird dann von dem eigentlichen Besitzer dem gegenwärtigen Getreidepreis entsprechend billiger verpachtet, der verschuldete Landbesitzer wird im Konkursverfahren wesentlich billiger verkauft werden müssen, als er früher gekauft wurde; die Inhaber der Hypotheken werden dabei mit größeren oder geringeren Kapitalien ansfallen. Aber warum in aller Herrgottswelt ist es nöthig, diese in der kapitalistischen Gesellschaft ganz natürlichen und alltäglichen Vorgänge durch staatliche Machtmittel zu verhindern, indem der Getreidepreis, und damit der Werth der Güter, systematisch auf eine früher vielleicht berechnete Höhe zurückgeschraubt werden.

Wenn eine solche Generalreinigung, ein solcher „Kraich“ erfolgt ist, wenn die Güter, entsprechend ihrem geringeren Geldertrage, niedriger bewerthet werden, wenn die Pächten und die zu zahlenden Zinsen heruntergegangen sind, kann, glauben wir, sogar in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft noch eine Weile auch in der Landwirth-

schaft fortgewurstelt werden, kann die deutsche Landwirtschaft noch ganz gut mit der überseeischen konkurriren, die allerdings niedrige Landespreise, dafür aber theuere Arbeitskräfte, weite Transporte, doppelte und dreifache Zwischenhändler-Gebühren zu zahlen hat.

Aber von einer solchen Generalreinigung wollen natürlich unsere deutschen Agrarier nichts wissen. Ihnen ist es lieber, wenn der Staat ihnen die früheren hohen Produktpreise zwangsweise verschafft und eine große Anzahl von ihnen so der Gefahr überhoben wird, im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf, der doch die gegenwärtige Gesellschaft charakterisirt, aus einer höheren vielleicht in eine tiefere soziale Schicht verschoben zu werden, wie sie sich freilich ein Fabrikant und ein Kaufmann jeden Augenblick widerspruchslos, und ohne daß der Staat für ihn eintritt, gefallen lassen muß. — Den Agrariern ist ihr „Antrag Kanitz“ ja kaum zu verdenken, aber dem Volk wäre es zu verdenken, wenn es auf den Leim ginge.

Also: Kanitz vor! rufen die Agrarier; und das Volk und insbesondere auch wir Sozialdemokraten rufen: billiges Brot! Wir bekämpfen solche Monopolpläne, wie den „Antrag Kanitz“, weil sie systematisch die nothwendigsten Lebensmittel zu Lasten gerade der Ärmsten vertheuern; wir bekämpfen sie, weil sie die Machtquelle des gegenwärtigen Staates, des „Staates der Reichen“, noch vergrößern, sowohl nach Seiten der konsumirenden Bevölkerung hin, die auf seine Getreidemagazine angewiesen wäre, als auch nach Seiten einer großen Zahl von Menschen hin, die als Beamte und Arbeiter bei einem solchen riesigen Staats-Getreidemonopol vermehren würde, — was nicht im Interesse der Erziehung des Volkes zu freien, auch politisch unabhängigen Menschen liegt.

Aber abgesehen von diesen praktischen Folgen, die es uns unmöglich machen, den „Antrag Kanitz“ gutzuheißen, die uns sogar zwingen, unsere ganze politische Macht und unsern Einfluß gegen ihn in die Waagschale zu werfen, wollen wir doch nicht verhehlen, daß er für uns neben seinen Fehlern auch einen sympathischen Zug besitzt. Er ist für uns ein Symptom, daß die kapitalistische Gesellschaft am Anfang ihres Endes steht. Er ist ein Anzeichen — für uns freilich nicht gangbarer — Weg, aus unserer auf der freien Konkurrenz aufgebauten kapitalistischen Gesellschaft in die genossenschaftlich, planvoll betriebene, sozialistische Gesellschaft. Das für uns Sympathische am „Antrag Kanitz“ ist sein Stich ins Sozialistische. Es ist Sozialismus; nur von falschen Leuten unternommener, auf falschen Wegen zu falschen Zielen führender.

Warum, fragen wir, wenn schon sozialistische Kornhandel, warum nicht überhaupt sozialistische Landwirtschaft; und wenn diese: warum nicht auch die gewerbliche Produktion und die sonstige Volkswirtschaft sozialistisch, genossenschaftlich, planvoll?

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt

südamerikanischer Geschichte.

„Ich küsse die Hand, schöne Frau,“ sagte galant der Apotheker. „Für einen so einfachen und dabei schon arg behärrten Patron ist es besser, immer respektvoll in der Ferne zu bleiben, als sich vorzubringen, wo es schöne Frauen giebt... man erndtet dann wenigstens keine Niederlage... man benutzt nur ab und zu auf einen Moment eine kleine Lücke, um rasch Umschau zu halten... ich meine eine Lücke, die uns Alten die jungen Leute lassen... wie ich hier... Guten Abend, Silvano... freut mich, Sie munter zu sehen... eine Ueberschätzung, meine Damen, nicht wahr... wieder ein Triumph mehr für das schöne Geschlecht, wenn so schone Vögel ins Netz gehen...“

Die blassen Wangen des jungen Mannes überzogen sich mit brennendem Roth. „Was macht Ricanor“, fuhr der Apotheker fort, „ich vermisse ihn schmerzlich schon lange Zeit... habe von Tag zu Tag gehofft, ihn wieder unter uns und in der Gesellschaft zu sehen.“

„Sie haben recht, wenn Sie sagen, er ist ein schoner Vogel“, meinte Concepcion, „war ganz überrascht, ihn auf einmal unter uns zu sehen... wir wollen ihn ja zum machen... er ist seinerzeit einmal wegen einer Künderei von uns fortgegangen... desto mehr freut er mich, daß er sich ungerufen wieder einstellt.“

„Ungerufen, sagen Sie, Frau Concepcion“, meinte der

Apotheker vergnügt, „ungerufen... ich glaube nicht daran... Sie wissen, daß die scheuen Vögel nicht ohne Lockruf kommen... blicken Sie einmal in unserer Damengesellschaft umher, ob am Ende nicht die Zauberin mit der Lockpfeife in der Nähe ist... nehmen Sie heute nichts übel, Silvano; Sie wissen, daß heute der Namenstag der Frau Präsidentin ist, da dürfen Sie kein böses Gesicht machen... ich für meinen Theil bin nur ihrem wegen gekommen, da muß ich gestehen... Sie ist heute unsre Königin... und wer sich unter den Schutz einer so schönen und einflussreichen Frau stellt, dem kann es nicht fehlen... muß aber auch gehorchen dafür...“

„Beruhigen Sie sich, Don Pachó, wir wollen ihn schon fesseln. Mein Mann braucht einen Privatsekretär. Er sprach noch gestern davon. Das ist eine Stelle wie geschaffen für Silvano... Sie nehmen natürlich an... ich dulde heute keine Widerrede...“

„Ich muß auf diese Ehre verzichten, Frau Concepcion, sagte Silvano stöhnend, „ich verleihe nicht gut mit der Feder umzugehen und bin auch nicht hier erschienen, um ein Amt anzunehmen...“

„Zimmer stolz“, fiel ihm Concepcion ins Wort, „Sie werden uns ein guter Freund sein, wenn; nichts anderes... nicht wahr, Carmen“, wandte sie sich zu ihrer Schwester, die leicht erlösend im Hintergrunde stand. „Ihre Thätigkeit als Sekretär bei Vantista läßt Ihnen in 24 Stunden genau 24 Stunden Zeit, und wenn es wirklich einmal etwas zu schreiben geben sollte, giebt es Schreiber genug, die die Arbeit besorgen können. Vantista, was meinst Du dazu,“ sprach sie ihren Gemahl an, der eben mit dem General Caballero Arm in Arm näher kam, „es ist abgemacht, Herr Godon tritt morgen als Dein Sekretär ein...“

„Gewiß, meine Liebe, es freut mich außerordentlich, einmal eine gute Kraft zu gewinnen,“ erwiderte Gull. „Ich dulde keinen Widerspruch, absolut keinen, und meine Damen noch weniger. Da gehen Sie und tanzen Sie mit meiner

Schwägerin. Sie können deren Liebeskorrespondenz führen, wenn sie einmal welche zu schreiben hat.“

Lachte, schlug dem verdünnten Jüngling auf die Schulter und ging weiter.

„Ich bin sehr zufrieden, General, wenn es mir allmählig gelingt, diese Leute auf eine oder die andere Weise heranzuziehen... kommt erst der eine, so kommt auch der andere... man muß sich gute Freunde überall verschaffen, und diese Godon's machen mir den Kopf warm.“

„Ist ein hübscher Burfsche, dieser Silvano,“ sagte Concepcion, die mit dem Apotheker stehen geblieben war, „ungemein hübsch... sehen Sie Pachó... ich glaube gar er erzählt Carmen lustige Sachen...“

„Junges geht mit Jungem...“

„Sie halten mich wohl für alt, weil ich mit Ihnen zusammen bin...“

„Durchaus nicht; das zeigt nur, daß Ihre Schönheit Macht über Alt und Jung hat...“

„Ich verstehe nicht, wie Sie das meinen...“

„Sehr einfach... ich vermute, daß Ihnen niemand, auch nicht dieser schöne junge Mann etwas abschlagen kann... Guten Abend, verehrte Frau; ich finde, daß es spät ist... schlafen Sie wohl...“

Der Apotheker suchte zusammen mit dem General den Heimweg. Der General war sehr schweigsam und nur zerstreut hörte er auf das, was ihm sein Begleiter vor-schwatzte.

„Wissen Sie, General, daß ich heute ein rechter Stämper gewesen bin... bildete mir ein, ein rechter Menschenkenner zu sein, und muß gestehen, daß ich heute noch nicht weiß, meine Sinne zu ordnen, um über etwas, was mich sehr interessirt, klar zu werden.“

„Was,“ entgegnete der General, der offenbar an etwas Anderes gedacht hatte und die Worte des Apothekers nicht gehört hatte, „was sagten Sie...?“

„Hier bin ich zu Hause...“ sagte darauf Don Fran-

Der Kaiser soll zu einem Obergratier gesagt haben, Sie können mir nicht zumuthen, daß ich Kornwucher treibe. Wir wissen nicht, ob dieses Wort richtig ist. Warum soll man dem gegenwärtigen Staat nicht zutrauen, daß er Kornwucher treibe. Der Antrag Rany ist hinsichtlich des Wuchers doch nur dem Grade, nicht der Art nach verschieden von den früheren und den bestehenden Getreidezöllen.

Wenn die Regierung, wie zweifellos, sich gegen den Antrag Rany entschieden hat, und wenn der heute zusammentretende Staatsrath sich nach längeren Beratungen, wie noch zweifellos, verständnisvoll ebenfalls gegen den Antrag entschieden wird, so geschieht dies, glauben wir, nicht wegen des „Kornwuchers“ — darin ist man bei uns unglücklich tolerant — sondern wegen des sozialistischen Pferdesfußes. Man denkt da oben vermuthlich: Wer A gesagt hat, muß auch B sagen. — Und umgekehrt wir. Wenn wir dies Monopol entschieden verwerfen und gegebenenfalls entschieden bekämpfen werden, so geschieht dies, weil es sich da um Staatssozialismus handelt und nicht um Sozialdemokratie.

Aber wenn man doch ein Tänglein wagen will. —

Präsident Faure.

Paris, 8. März 1895.

Bei der letzten Präsidentenwahl waren drei Kandidaten in Frage: Brisson, ein alter Republikaner des Kaiserreichs, ehrwürdig durch seinen langen Part und seine augenfällige Sittenstrenge; Waldeck-Roussau, ein glänzender Redner, einst hervorragendes Mitglied des „großen Ministeriums Gambetta“ und die höchste Hoffnung der Reaktionsäre, die ihm mehr Zutrauen zutrauen, als Casimir Perier bewiesen; und Felix Faure, einer der mittelmäßigsten Politiker, den man in die Ministerien steckte, um die Böcher zu verstopfen. Die Konservativen hatten Angst, daß die Sozialisten gegen Waldeck Roussau den tödtlichen Krieg wieder aufnehmen würden, durch den sie Casimir Perier zur Abdankung und Fahnenstücht gezwungen hatten — sie wählten den unbedeutendsten der drei Kandidaten.

Felix Faure, der ein ausgezeichnetes Geschäftsmann war und noch ist, begriff, daß er die Wahl, welche auf ihn gefallen war, entscheidend machte. Noch am Abend des Wahltags schickte er 20 000 Franken für die Armen von Paris und 3000 für die von Havre, wo er zum Abgeordneten gewählt war, und kündigte an, daß er die Amnestie aller wegen politischer Vergehen und wegen Streiks Verurtheilten verlangen werde. Das war ein guter Anfang. Die Sozialisten, die ihm in einem am Tag der Wahl erschienenen Manifest den Krieg angekündigt hatten, stellten die Feindseligkeiten ein. Diese noble Freigebigkeit, die von dem Geiz und der Engstirnigkeit Casimir Perier so stark abwich, gewann Faure die öffentliche Meinung. An der so mühelos gewonnenen Gunst der Menge (Popularität) fand er Geschmack. Er besuchte die Hospitäler und schenkte jedesmal 200—500 Franken. Der Präsident ist, was man so zu nennen pflegt, ein lustiger Kumpfan (un joyeux compagnon), gutmüthig und liebenswürdig. Er hatte leicht viel Geld gewonnen und giebt es ebenso leicht wieder aus. In Havre war er der Liebling der Droschkentreiber, denen er glänzende Trinkgelber zahlte, mit einem freundlichen Wort für jeden. So oft er aus dem Elisee geht, tritt er in die Wache ein, plaudert ein paar Minuten mit den Soldaten und läßt eine Extra-Ration Wein vorkahren.

Die Kinder der aufgehenden Sonne haben ihm eine Legende angefertigt. Sein Vater war ein kleiner Tapezierer in Batignolles, einem der Arbeiterviertel von Paris, und er — Felix — soll als Gerbergehilfe angefangen haben; die illustrierten Blätter stellen ihn in seinem Arbeitsanzug dar, die Lederschürze um den Hals, Holzschuhe an den Füßen und die Kermel aufgetrempelt. Ein Zeitungsschreiber entdeckte sogar eine Photographie aus jener Zeit, auf der er so aussah. Allein, das ist eine Mythe. Faure ist kein Lebenlang nichts anderes gewesen als Kaufmann. Er ist, wie es bei den Römern hieß, ein „neuer Mann“ (homo novus), während die übrigen Präsidenten von geschichtlichen Familien abstammten. Deshalb ist Faure auch der Abgott des Bürgerthums: es ist stolz auf ihn, und gerade seine Mittelmäßigkeit gefällt den Philistern am meisten; denn sie sagen sich alleamt: auch ich hätte Präsident der Republik werden können, wenn ich mich, statt eine Fabrik oder ein Handelshaus zu leiten, mit Politik beschäftigt hätte.

Er ist so populär, daß ihn sogar die Lächerlichkeit nicht trifft. Und in Paris löbte die Lächerlichkeit. Der „Figaro“, der mit besonderem Eifer das Weibbrauch für Faure schwingt, erzählte in seiner Nummer vom 25. Januar: Wenn Herr Faure ein so

guter Fußgänger sei und so große Strecken Wege ohne Ermüdung zurücklege, so verdanke er das seinem Führerange-Ärzt, dem Vater Alexandre, den er jeden Morgen zu sich kommen lasse. Und um ja recht klar zu beweisen, daß der Präsident seinen ganzen Geist in den Füßen habe, berichtet derselbe „Figaro“ am 26. Februar, daß Faure im Jahre 1877, wo er Hauptmann des 24. Territorial-Infanterieregiments war, das Examen als Bataillons-Vorsteher nicht bestehen konnte.

In einer anderen Nummer versicherte diese Zeitung der vornehmen Welt, Faure habe hoch- und ebelsinnig wie Titus das Wort ausgesprochen: „Ich habe kein Recht, mich zu zerkrenen“, und meldet dann, gerade am Tage nach seiner Wahl hätte er sich mit den Festen im Elisee beschäftigt und auf seinem Schreibtisch hätte man ein ungeheures Pader in gelber Umhüllung mit der Aufschrift „Walle“ gesehen. In der That besuchte Faure, seitdem er Präsident ist, die Walle in Begleitung seiner älteren Tochter, die man die „Kleine Königin“ nennt.

Doch diese menschenfreundlichen Besuche und diese zahlreichen Feste lassen Faure keineswegs vergessen, was er um er zum Präsidenten erwählt worden ist. Während der letzten Wochen der Präsidentschaft Casimir Perier's gab man Schaukellungen von parlamentarischer Schamhaftigkeit und kündigte ein gründliches „Reinmachen“ in der Presse und den Kammern an; die Panamisten, die Legion sind, zitterten — man kennt wohl den Anfang, aber nicht das Ende. Felix Martin, der Direktor der Südbahn-Gesellschaft, war festgenommen worden, — diese Geschichte will ich Ihnen ein andermal erzählen — und schon war die Rede von wahrscheinlichen Verfolgungen gegen zwei bis drei Minister und gegen eine beträchtliche Anzahl von Deputirten und Senatoren, da Felix Martin erklärt hatte, er würde sich nicht verurtheilen lassen, ohne die ganze Schaar hoher Persönlichkeiten bei seinem Falle nach sich zu ziehen.

Seitdem Faure Präsident ist, hat sich das alles geändert; man spricht nicht mehr von Verfolgung, sondern von Beschwichtigung. Felix Martin ist nach Stellung einer Kaution in Freiheit gesetzt worden, und nächster Tage wird man ihm anzeigen, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt ist.

Die amüsanteste Beschwichtigungsgeschichte ist die von der Amnestie Favette's. Dieser Beamte des Ministeriums war angeklagt, er habe fabelhafte Rechnungen gemacht, so z. B. 25 000 Fr. für Frühstück während eines Monats und während eines anderen Monats 18 000 Fr. für Fahrwerk. Er erwartete ruhig sein Urtheil, weil ihm das Einschreiben dieser Summe in das Ausgabenbudget von zwei Ministern, Thievenet und Bloche, deren Namen öffentlich genannt werden, befohlen worden war. Um ihn am Sprechen zu verhindern, ist nichts einfacher, als zu sagen, der Fall sei ein vollständiger und folgerichtig bei der Amnestie mit einbezogen. Sehr bald wird man hören, daß Herr Favette ein wichtiges und einträgliches Amt übertragen wurde.

Es scheint, daß Felix Faure sich selbst viel verzeihen lassen muß. Die „Petite République“ erzählt, daß er als Marineminister mit zwei Schiffsfahrts-Gesellschaften von Havre einen Vertrag wegen des Transports von Kriegsmaterial nach Madagaskar im Betrag von 70 000 Tonnen zu dem unerhörten Preis von 90 Fr. die Tonne abgeschlossen habe, während Auerbieten für die Hälfte des Preises gemacht wurden. Es bedeutet dies einen Verlust von 4 Millionen Franken für das Budget.

Faure ist so populär, daß man ihm alles durchgehen läßt. Auch unter seiner Präsidentschaft intrigirt man kräftig weiter und bereitet schon Eklabale für die nächste Zukunft vor.

Als Felix Faure zum Präsidenten ernannt wurde, rief ein sozialistischer Deputirter aus: „Wir hatten die Panamisten der Republik, nun werden wir die Republik der Panamisten haben!“

Felix Faure und seine Umgebung arbeiten an der Verwirklichung dieses prophetischen Ausspruchs. Gallus.

Politische Uebersicht.

Berlin, 11. März.

In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde mit den letzten Resten des Militär-Etats rasch aufgeräumt, so daß das sehr schwach besetzte Haus schon nach einer halben Stunde in die Berathung des Post-Etats eintreten konnte. Die Debatte wurde von dem Zentrums-Mann Pingens eröffnet, der die übliche Heiligenrede für Sonntagbrüder eröffnet, worauf der Fortschrittler Müller (Sagan), sich irdischeren Dingen zuwendend, verschiedene Uebelstände des Post- und Telegraphenwesens behandelte und namentlich bei den Mängeln unserer Telephon-Einrichtungen verweilte, die dem öffentlichen Be-

nur fürchtete ich, daß ich Ihnen gleichgiltig wäre... und das hat mich manchmal schwer betäubt.

„Wie konnten Sie das denken... Carmen... und Sie wollen mir also ganz angehören?“

„Wie Sie mir fragen können...“

„So hören Sie weiter. Draußen in der Vorstadt steht mein Bruder Micanor, der mich und Sie erwartet. Wenn Sie mich wirklich lieben, so kommen Sie noch heute mit uns... wenn Sie wollen können Sie, bis wir getraut sind, bei einer befreundeten Familie in Barrero Grande zubringen, wo Sie gut aufgehoben sind.“

Aber das geht nicht, Silvano... was würde meine Schwester sagen, was mein Schwager... Was ganz Ajuncion... warum sollen wir nicht hier bleiben und in Ajuncion unser Heim aufschlagen... Ich bin sicher, daß meine Schwester nichts dagegen haben wird...“

Nein Carmen... das ist unmöglich... ein ehrlicher Mann kann nicht daran denken mit einem Gilt gemeinschaftliche Geschäfte zu machen... sieh, uns Goboy's geht unser Vaterland über alles... und ich will nicht, daß unser Name einst in der Geschichte der Gilt's mitgezählt werden soll... wenn Du mir angehören willst, so sollst Du ganz brechen mit allem, was Dich mit diesem Namen verknüpft...“

Unser Haus ist klein und ärmlich im Vergleich zu dem, in dem Du Dich heute befindest; und ich weiß, daß das Opfer, das Du mir bringen sollst, ein großes ist. Aber unser Haus ist ehrlich und rein. Der Name Gilt ist verknüpft mit allen Schandthaten, die man sich nur denken kann, mit dem Verrath am Vaterlande, mit dem Verrath und der Milderung... Du sollst und wirst bei mir in keinem Glanze leben, wie Du es bis jetzt gethan hast; aber dafür sollst Du eine christliche Hausfrau und Mutter braver Söhne sein... Vielleicht wird es Dir am Anfang schwer vorkommen, dieses Leben, aber ich weiß es bestimmt, daß Du es selber einsehen wirst, daß Du dabei auf dem rechten Wege bist. Entscheide Dich... wenn Du es vorziehest, will ich Dir noch ein paar Tage zur Ueberlegung lassen; aber es ist das letzte Mal, daß Du mich im Hause eines Gilt's siehst... ich liebe Dich über alle Maßen; aber mein Vaterland noch mehr als Dich und wenn es nicht anders sein sollte, würde ich es vorziehen nicht Dich zu vergeffen, denn das würde mir unmöglich sein, aber Dich und mich zu opfern für die Ehre unseres Vaterlandes... sprich, was hast Du beschlossen... wann soll ich Deinen Bescheid erwarten...?“

(Fortsetzung folgt.)

dürftig durchaus nicht genügt. Im übrigen versicherte Herr Müller den Postgewaltigen Herrn Stephan wiederholt seiner Anerkennung und Dankbarkeit. Hierauf folgte der Antisemit Förster, der über ein ziemlich Material verfügte, es aber in den Fluten seines eintönigen Pathos ertränkte. Kräftiger ging der Postverwaltung Genosse Schoenlank zu Leibe, der sein ebenso reiches Sündenregister vorlegte, wie im vorigen Jahr, von der Ausbeutung, Ueberarbeitung und Schabrigkeit der unteren Postbeamten ein grelles aber wahres Bild entwarf, und die Sozialpolitik der Excellenz Stephan scharf geißelte. Postkanzler Stephan überließ es seinem Vizkanzler Fischer, mit den Anklagen und Angriffen so gut fertig zu werden, wie es ging. Und es ging sehr schlecht. — Morgen Fortsetzung. —

Im Abgeordnetenhaus stand heute der Etat der direkten und indirekten Steuern auf der Tagesordnung. In der Debatte, die für unsere Leser kein besonderes Interesse hat, wurden namentlich vielfache Beschwerden über zu hohe Steueranlagen, mangelhafte Erledigung von Reklamationen bei den Berufungskommissionen zc. vorgebracht. Unser lieber Herr Finanzminister versprach mehrfach Abhilfe. Nächste Sitzung ist Dienstag: Etat der Anhebungs-kommission und Polen-antrag. —

Wieder ein antisemitisches Mandat vakant. Der Reichstags-Abgeordnete Lieber (Stroga), Vertreter des 7. sächsischen Wahlkreises (Meißen-Großhain) hat sein Mandat niedergelegt. Ohne Angabe des Grundes, wie sein Kollege vom 6. sächsischen Wahlkreise. Mit diesem Mandate sind nun 11 Mandate für den Reichstag erledigt. Im Wahlkreise Meißen-Großhain, der in der Legislaturperiode 1890—93 von einem Konservativen vertreten wurde, erreichten unsere Genossen am 15. Juni 1893 die relative Majorität mit 8410 Stimmen, der antisemitische Kandidat erhielt 7692, der konservative Kandidat 6268 Stimmen, auf die freisinnige Volkspartei fielen 164 Stimmen. In der Stichwahl siegten die vereinigten Antisemiten und Konservativen mit 13 344 Stimmen über unseren Kandidaten, der 8889 Stimmen auf sich vereinigte.

Die Aussichten in diesem Kreise sind für unsere Parteigenossen deshalb keine schlechten, weil die systematischen und rücksichtslosen Verfolgungen der Sozialdemokratie in Sachsen unserer Partei eine große Zahl neuer Anhänger zugeführt haben. —

„Am Fuße der Wartburg“ im Eisenacher Wahlkreis lobt ein fürchterlicher Mandats-Konkurrenz-kampf der „Ordnungsparteien“, von der jede die andere übers Ohr haufen und an die Luft setzen will. Und herzzerreißende Nothschreie der „Nationalliberalen“, die natürlich von den konservativen „Brüdern“ brüderlich an die Wand gedrückt werden. Es lebe der Ansturz! —

Die Kandidaten im Wahlkreis Weimar-Apolda. Ueber die Kandidaturen für die bevorstehende Reichstagswahl steht bis jetzt nur mit Sicherheit fest, daß die Sozialdemokraten den Landtagsabgeordneten Baudert-Apolda aufstellen werden und die freisinnige Volkspartei den früheren Vertreter des Wahlkreises im Reichstag, Samhammer, aufgestellt hat. Die Kandidaten der Nationalliberalen und des Bundes der Landwirthe sind noch nicht nominirt. —

Das Zentrum stellt seine Rechnung für die Bewilligung der Umsturzvorlage auf. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes ist nur ein kleiner Theil der Gegenleistung, die es für seine Mithilfe bei der Anebelung des deutschen Volkes fordert. Den zweiten Posten hat es im preussischen Abgeordnetenhaus genannt, indem es den folgenden Antrag einbrachte:

Die durch die Gesetze vom 5. April 1873 (Gesetzsamml. S. 143) und 18. Juni 1875 (Gesetzsamml. S. 259) abgeänderten bzw. aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde für den preussischen Staat vom 31. Januar 1850 (Gesetzsamml. S. 17) werden in der ursprünglichen Fassung:

Art. 15. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Art. 16. Der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

Art. 18. Das Ernennungs-, Vorstehungs-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht, und nicht auf dem Patronate oder besonderen Rechtsmitteln beruht, aufgehoben.

Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung.

wieder hergestellt. Liefert man die Schule der Geistlichkeit vollständig aus und berücksichtigt man gehörig die Paritätschmerzen des Zentrums, dann wird die liberale Partei als Siegerin aus dem Kampfe hervorgehend die Umsturzvorlage bewilligen. Aber trotz Umsturzvorlage und Zentrumsieg wird dann das deutsche Volk nicht auf ewig in Verdummung und Knechtung gehalten werden können. Die Sozialdemokratie wird desto energischer kämpfen und desto eher dem deutschen Volke die Freiheit bringen. —

Kulturkampf-Erinnerungen gräbt der „Nachener Volksfreund“ aus. Er schreibt: „Es sahen zur Zeit des Kulturkampfes im Gefängnis: 1. Der Erzbischof von Osnabrück, der jetzige Kardinal Ledochowski, volle 2 Jahre. 2. Der Erzbischof von Köln, der jetzige Kardinal Meißner, über ein halbes Jahr. 3. Bischof Eberhard von Trier fast ein ganzes Jahr. 4. Bischof Martin von Paderborn vom 4. August 1874 bis 19. Januar 1875. Alsdann ging er ins Exil, sonst wäre er noch viel schwererer Gefängnisstrafen verfallen. 5. Bischof Brinkmann von Münster vom 18. März bis 27. April 1875. 6. Weibbischof Dr. Janiszewski von Posen sechs Monate. 7. Weibbischof Cybichowski von Osnabrück 9 Monate. Diese 7 Bischöfe wurden in die Gefängnisse gesteckt, weil sie sich die Freiheit des Denkens und der Ueberzeugung wahren und die katholische Kirche in ihrer Verwaltung bis zum Religionsunterricht nicht unter die Oberhoheit des Staates stellen wollten. Außerdem wurden, um nur ein Vierteljahr aus der langen Kulturkampfzeit herauszugreifen, im 1. Quartal 1875 241 Geistliche, 186 Redakteure und 210 andere Bürger verurtheilt. Die Geistlichen wurden meist bestraft, weil sie, ohne nach maigesehlicher Façon angeheilt zu sein, die heil. Messe gelefen, Kranken und anderen die heil. Sakramente gespendet, also an sich die reinsten und heiligsten Akte verrichtet hatten; die Redakteure, weil sie die

Majestät des Gesetzes" verlegt haben sollten, indem sie die Verurteilung der Bischöfe und Priester mißbilligten, die Unterdrückung der katholischen Kirche beklagten und tadelten. Was die katholische Presse und die Führer der katholischen Bewegung über sich ergehen lassen mußten, davon hat die neuere Generation schon gar keine Ahnung mehr; es würde ihr, wenn man es im einzelnen darlegen wollte, schier unglaublich vorkommen. So fanden allein, wie damals statistisch festgestellt wurde, im 1. Quartal 1875 20 Konfiskationen, 55 Verhaftungen, 74 Hausdurchsuchungen, 103 Ausweisungen resp. Internierungen, sowie 55 Auflösungen von Versammlungen und Vereinen statt. Und alles das vollzog sich unter dem Jubel der „liberalen“ Presse und der „liberalen“ Parteien!

Und die Partei, die dies am eigenen Leibe erduldet hat, arbeitet jetzt mit dem Aufgebote aller Kräfte an der vollständigen Entrechtung des deutschen Volkes! —

Ludwig Börne über die Umsturzvorlage. In der „Breslauer Zeitung“ lesen wir:

„Zu den deutschen Dichtern, Schriftstellern, Künstlern, Gelehrten, welche jetzt gegen die Umsturzvorlage protestieren, gesellt sich auch Ludwig Börne, der — beiläufig vor sechs Jahren — schon das treffendste Urtheil über die Vorlage gefällt hat. Bekanntlich ist von Seiten der Regierung, speziell von den Herren Niederding und Köster, zur Begründung der Vorlage ein ungeheures Material aus — Frankreich, Rußland u. beigebracht worden. Es ist richtig; in Frankreich ist Carnot einem anarcho-socialistischen Erlegen; der Russe Krapotkin hat vor Jahrzehnten anarcho-socialistische Flugblätter, die der Herr Minister richtig verlesen hat, verfaßt; auch in Spanien und Italien hat man von anarcho-socialistischen Anschlüssen gehört. Nur in Deutschland ist nichts dergleichen passiert; darum macht man bei uns dagegen eine Gesetzesvorlage. Daher sagt Börne mit Recht:

„Vor der Revolution war es am französischen Hofe Sitte, daß gemeinschaftlich mit den königlichen Prinzen ein bürgerliches Kind erzogen wurde, das, so oft der junge Prinz sich verging, statt seiner geächtet wurde. Eine ähnliche bürgerliche Bestimmung hat das deutsche Volk. Wenn die Franzosen, wenn die Spanier und Portugiesen, wenn die Russen sich unartig betragen, bekommen die armen deutschen Kinder Ohrfeigen; es ist gar zu betrübt; wir müssen machen, daß wir groß werden.“

Sechzig Jahre sind seitdem verlossen; aber wir Deutschen feden noch immer in den Kinderschuhen und haben noch immer unsere Kinderkrankheiten.“

Zum Glück giebt es in Deutschland doch auch Leute, die den Kinderschuhen entwachsen sind. Was das deutsche Bürgerthum sich gefallen ließ, werden die deutschen Arbeiter „umzustürzen“ wissen. —

Die badische nationalliberale Partei hielt, wie wir der „Nat.-Ztg.“ entnehmen, am Sonntag in Karlsruhe einen Parteitag beabsichtigt die Wahlprogramme für die nächsten Landtagswahlen ab. Das Programm verlangt die Einführung des direkten Landtagswahlrechts, Abänderung des Gemeindegesetzes und der Liegenschaftsbesteuerung, Hebung der Getreidepreise, soweit dies ohne Brotvertheuerung möglich ist. Der Parteitag nahm einstimmig eine Resolution an, welche die Reichstagsfraktion auffordert, in der Umsturzvorlage nur den Strafbestimmungen gegen Aufforderung zu Verbrechen und Verherrlichung von solchen und gegen die Untergrabung der Disziplin im Heere zuzustimmen, die anderen Bestimmungen aber abzulehnen und eventuell gegen die ganze Vorlage zu stimmen. —

Der Buchhandel und die Gewerbenovelle. Der ganze Buchhandel ist durch § 7 der Gewerbenovelle und durch die Anträge des Centrums auf Verbot des Kolportagebuchhandels in gewaltige Aufregung versetzt. Der Vorstand des Börsenvereins der deutschen Buchhändler, ferner die „Korporation Berliner Buchhändler“, der „Süddeutsche Buchhändler-Verein“, der „Stuttgarter Verleger-Verein“, der „Württembergische Buchhändler-Verein“, die Vertreter der Buch- und Preßgewerbe in Leipzig, die Vertreter des deutschen Buchdrucker-Vereins“, der „Vorstand des Mitteldeutschen Papier-Vereins“, der „Vorstand der Innung Leipziger Buchdrucker-Vereins“, der „Vorstand der Vereinigung lithographischer Anstalten“ petitioniren um Ablehnung der den Kolportage-Buchhandel betreffenden Bestimmungen und Anträge und bezeugen, daß andernfalls mehr als 100 000 Personen in den verschiedenen Vertrieben des Buch- und Preßgewerbes brotlos würden. — Man dürfte wännen, daß jene wichtigen Stimmen und diese einzige Thatsache allein genügt, in den leitenden Kreisen voll gewürdigt zu werden. Das scheint indes nicht der Fall zu sein. Die Regierung hat es nöthig, sich mit dem Centrum auf guten Fuß zu stellen. —

Der Fall Hirschfeld im Reichstage. In der Reichstags-Sitzung am Montag brachte Bebel u. a. auch die Angelegenheit unseres Genossen Dr. Hirschfeld zur Sprache, der bekanntlich wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung aus den Risten der Offiziersaspiranten des Sanitätskorps gestrichen worden ist. Der Kriegsminister behauptete, Dr. Hirschfeld habe sich in Harburg hervortragend an der sozialdemokratischen Agitation betheiligt und seinem Sohne sogar verboten, eine andere als eine rothe Fahne zu tragen. Das dortige „Volkssblatt“ konstatirt demgegenüber, daß Dr. Hirschfeld bis zu seiner Maßregelung in der sozialdemokratischen Partei Harburgs weder ein Amt bekleidete, noch je einen Vortrag gehalten, noch sonst irgendwie an der Organisation betheiligt hat. Die Geschichte von dem Sohne und der rothen Fahne beruhe auf Wertschätz, der vom Kriegsminister im Reichstage aufgewärmt worden sei. Die Militärbehörde habe trotz eifrigster Nachforschung in dieser Sache nicht einen einzigen Zeugen aufzutreiben können, weil eben an dem ganzen Klatsch kein wahres Wort ist. — Herr Dr. Hirschfeld erklärt dem Hamburger „Echo“, dem wir diese Notiz entnehmen, daß diese Angaben der Wahrheit vollständig entsprechen. Nach Erscheinen des stenographischen Reichstags-Berichts werde er eine Erwiderung auf die unwahren Behauptungen des Kriegsministers veröffentlichen. —

Zum ersten April soll er auch Doktor der Theologie werden, der Fälscher der Emser Depesche und Entzänder dreier Kriege, die zusammen mit einer Million Menschen Tod und Untergang gebracht haben:

Ein Muster frommen Sinns hat er
Ein hohes Amt geziert;
Zum Doktor der Theologie
Sich drum er promovirt. —

„jung ein „Blumen“-Dichter im Leipziger Tageblatt“ von heute. Der „fromme“ Sinn, den das würdige Ehrenmitglied der Danziger „Schlachter“-Innung bei Ausführung seiner Blut- und Eisenpolitik bewiesen, paßt allerdings vorzüglich zu der modischen „Religion“, der Drillingschwester der gleichmodischen „Ordnung“ und „Sitte“. —

Reichsbettel-Umsatz. Der heranahende 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck wird wieder einmal zu Betteleien im großartigsten Maßstabe benutzt, um dem verkrachten Reichsgründer zu allerlei „Ehren geschenken“ zu verhelfen. Soweit die wirklichen Verehrer des Fürsten Bismarck ihm Geschenke darbringen wollen, mögen sie das nach Herzenslust thun, vorausgesetzt daß sie es aus eigenen Mitteln thun und niemand zwingen, wider Willen ebenfalls Beiträge zu leisten. Wie aber schon bei dem 70. Geburtstag Bismarck's, als es sich darum handelte, dem tugendhaften Millionär das Familienstammgut Schönhausen zu schenken, alle, auf die man die Hand legen konnte, zu Beiträgen gepreßt wurden, so geht es auch dieses Mal.

Insbondere ist es der Bund der Landwirthe, der alles aufbietet, um mit einem möglichst imposanten Geschenk seiner Verehrung für den Oberprovertheurer Ausdruck zu geben. Aus Schlesien wird uns berichtet, daß die Mitglieder des Bundes der Landwirthe alle ihre Arbeiter und Dienstboten sowie die ihrem Einfluß zugängigen Handwerker und Kleinbürger zu Beiträgen nöthigen — ein Vorhaben, das in jenen Kreisen große Erbitterung hervorruft.

„Hier in den Kreisen Jauer, Striegau, Schweidnitz u.“ — schreibt uns u. a. ein Opfer dieser neuesten Bismarckitis-Seuche — „wird die Bettelei aufs äußerste getrieben, und von den Herren Landräthen und vom Bunde der Landwirthe wird sie geleitet. Die Frauen und Töchter der Domandialdirektoren und Inspektoren gehen von Stube zu Stube mit den Worten „sie kämen sammeln für den Fürsten Bismarck“!! Kein Domandialarbeiter wird verschont; und diese armen Ausgebeuteten, die 90 Pfennig Lohn den Tag bekommen, müssen jeder ein paar Groschen hergeben, damit dem Fürsten Bismarck, der alles im Ueberfluß hat, ein kostbarer Teppich zum Geburtstag geschenkt werden kann. Wer sich sträubt, dem wird gesagt: „Sie sind wohl Sozialdemokrat? Sozialdemokraten können wir hier nicht brauchen.“

Aus anderen Gegenden Deutschlands gehen uns ähnliche Berichte zu; und an verschiedenen Orten wird den Arbeitern der neue „Ottospennig“ einfach vom Lohn abgezogen — ganz wie seinerzeit bei Sammlung des ersten „Ottospennigs“.

Wir bitten, uns derartige Ungerechtigkeiten zu melden, damit wir eventuell im Reichstag den Standal an den Pranger stellen können.

Tritt aber der Bund der Landwirthe am nächsten Bismarck'schen Geburtstag mit dem an ihm gewohnten Tam-Tam in die Oeffentlichkeit, um mit seinen „Opfern“ für den Alt-Reichskanzler zu prahlen, dann weiß nunmehr alle Welt, mit welchen Mitteln und von wem diese „Opfer“ aufgebracht wurden. —

Württembergischer Landtag. In der Sonnabend-Sitzung wurde noch lebhaft über die nothleidende Landwirtschaft debattirt und schließlich die Ziffern 24—28, die dieselbe betreffen, angenommen. Nun wurde es erst lebhaft, jetzt kam das Kleinhandwerk und die Arbeiter an die Reihe. Ziffer 29—31 verlangt eine Vertretung des Kleinhandwerks, wünschliche Beschränkung der Strafanstalts-Arbeiten auf die Bedürfnisse der Staats- und Militärverwaltung, sowie Bestellung gewerblicher Wanderlehrer.

Major (Volksp.) wendet sich gegen die Zölle und meint, daß die Zölle schädlich seien, wenn sie die Ausfuhr erschweren. Genosse Kisch führt an, daß man dem Kleinhandwerk nicht mehr helfen könne, der Kleinhandwerker sei rettungslos dem Untergang verfallen, in den Städten nehme ihre Zahl stetig ab. Die Arbeit in den Strafanstalten sei nothwendig, sie dürfe aber nicht zur Konkurrenz ausarten.

Als Gegenstück zu dem angenommenen landwirthschaftlichen Antrag, daß die Provinzialämter ihren Fruchtbedarf möglich im Lande decken mögen, stellten einige volksparteiliche Abgeordnete zu Ziffer 30 den Zusatzantrag: „Die heimischen Gewerbetreibenden würden angesichts der schwierigen Geschäftslage eine thunliche Berücksichtigung bei Bedeckung des Bedarfs des württembergischen Armeekorps, insbesondere für Bekleidungs- und Ausrüstungs-Gegenstände dankbar anerkennen“, welcher auch angenommen wurde, doch werden wohl beide Anträge fromme Wünsche bleiben, denn der Militarismus geht seine eigenen Wege, er fragt ja nicht nach Nothstand in Gewerbe und Landwirtschaft. Ziffern 29—31 werden angenommen. Nun folgen die Beratungen über die Arbeiterfragen Ziffern 32—34 (siehe „Vorwärts“ Nr. 56) und erklärt Minister v. Fischer, daß das freie Vereinsrecht der Arbeiter in gar keiner Weise gefährdet sei; der Herr Minister hat, wie es scheint, bis jetzt von einer Umsturzvorlage noch gar nichts gehört oder gesehen, sonst könnte er diese Erklärung nicht abgegeben haben.

Als Lang (Volksp.) Freigebung des Sonntags und Verlängerung der Arbeitszeit bei den Bediensteten der Verkehrsanstalten verlangt, erklärt Eisenbahn-Präsident v. Walz, daß seit einigen Jahren die Eisenbahnverwaltung bestrebt gewesen sei, die Arbeitszeit der Arbeiter und des niederen Personals zu vermindern, in den Staatswerkstätten habe man seit 1890 die zehnstündige Arbeitszeit. (Daß aber die Eisenbahnbediensteten eine 14 bis 16stündige Arbeitszeit haben, hat der Herr Präsident wohlweislich verschwiegen.) Genosse Glaser macht darauf aufmerksam, daß in der königlichen Werkstätte in Cannstatt erst kürzlich den älteren Arbeitern eine Lohnreduktion angekündigt worden sei und verpflichtet, bei der Staatsberathung verschiedene große Mißstände in der betr. Werkstätte zur Sprache zu bringen. Eisenbahnpräsident v. Walz meint, daß die Verwaltung gern zur Unterstutzung bereit sei, wenn die Arbeiter Klage führen, worauf Gen. Kisch noch die Verhältnisse auf dem Stuttgarter Bahnhof zur Sprache bringt und vom Präsidenten v. Walz den „wohlgemeinten“ Rath erhält, Kisch möge die beschwerdeführenden Arbeiter an ihn (Walz) senden, er höre jeden ohne Rücksicht auf den Stand an. Ziffern 32—36 werden sodann angenommen. Der Zusatzantrag unserer Genossen (s. „Vorwärts“ Nr. 57) wird der volkswirthschaftlichen Kommission überwiesen. Die Adresse wird hierauf mit 61 gegen 13 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die amwesenden Ritter und evangelischen Prälaten, sowie unsere beiden Genossen. — Die Adresse wird nun „feierlich“ durch die Adresskommission mit dem „demokratischen“ Präsdenten an der Spitze dem König überreicht werden. —

Die österreichische Wahlreform kommt nun endlich, wie es scheint, in Fluß. Der Kaiser, der für die Wahlreform bekanntlich sein Wort verpfändet hat, sah sich anläßlich der steigenden Aufregung über die Rastführung der Arbeiter gezwungen, einen Druck auf das Ministerium und das Parlament auszuüben. Die Wirkung dieser Beeinflussung der in Oesterreich noch sehr mächtigen Krone zeigt sich in der folgenden Meldung:

Wie in Wiener Abgeordnetenkreisen verlautet, hätte sich das Subkomitee des Wahlreform-Ausschusses heute bezüglich der Grundprinzipien der Wahlreform geeinigt. Es wird versichert, die Mitglieder des Hohenwart-Klubs hätten die in dem Wahlreform-Ausschusse vorgebrachten Wünsche bezüglich der Richtung der Wahlreform fallen lassen und sich den Prinzipien

des Polenklubs genähert. Das Subkomitee soll nun endlich eine Basis für die Weiterberathung gefunden haben. —

Märzdemstration in Wien. Die Gedenkfeier für die Märzgefallenen fand in Wien schon am Sonntage statt. Ueber ihren Verlauf meldet uns eine Privat-Depesche das folgende:

40 000 Arbeiter versammelten sich zur Ehrung der für das Volk am 13. März 1848 gefallenen Studenten und Arbeiter am Zentralfriedhof. Der Rückmarsch gestaltete sich zu einer großartigen Wahrechts-Demonstration. Die Arbeiter zogen vor das Parlament und forderten dort in vielstimmigen Rufen das ihnen so schände vorenthaltene Wahlrecht. Trotz des riesigen Polizeiaufgebotes war der Verlauf der großartigen Demonstration ein durchaus würdiger. Der Disziplin unserer Genossen gegenüber war die Polizei machtlos. Keine einzige Verhaftung wurde vorgenommen. —

Oesterreich und die internationale Münzkongress. Am Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses stellte der Abg. Fries die Anfrage, welche Stellung der Finanzminister gegenüber einer etwa zu gewärtigenden Einladung des deutschen Reiches zu einer internationalen Münzkongress behufs Regelung der Währungsfrage einnehme. Der Finanzminister erwiderte, die Regierung habe bisher noch keine Einladung erhalten, werde aber, wie bei früheren Münzkongressen, nicht Anstand nehmen, einer etwaigen Einladung Folge zu leisten. —

Wahlunruhen in Ungarn. Anläßlich der bevorstehenden Reichstags-Wahl haben am Sonnabend in Neutra (Oberungarn) zwischen Anhängern der liberalen Partei und der Volkspartei blutige Schlägereien stattgefunden. 1 1/2 Kompagnien sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingetroffen. —

Die belgischen Radikalen und die politische Lage in Belgien. Am Abend des 10. März fand in Brüssel eine Protestversammlung der progressivsten Partei statt. Es wurde beschlossen, gleichzeitig mit den Sozialisten gegen die Regierung vorzugehen. Ferner wurde die Kongressfrage besprochen und eine Resolution angenommen, welche die Uebernahme des Kongressgebietes bis 1900 hinauschiebt. Das Wahlrecht, welches die Regierung einzuführen gedankt, wurde heftig bekämpft und das allgemeine Wahlrecht für alle Belgier vom 21 Lebensjahre an gutgeheißen. —

Die Kongo-Gründung ist nicht die erste ihrer Art. Alle Kolonialunternehmungen neuerer Zeit haben eine mehr oder weniger schmutzige Vorgeschichte. Englisch-Indien, Holländisch-Indien — überall waren es die gemeinsten Spekulationen und Interessen, denen ein Kulturmantelchen umgehängt ward, wie dem Wörmann'schen Giftschneep zur Verbreitung des Christenthums in Afrika. Der mexikanische Krieg, der dem besten der Habsburger Prinzen das Leben kostete, wurde um der Jucker'schen Schwindel-Obligations, die im Besitz Napoleons und seiner Diebsgesellschaft waren, unternommen und brachte dem Spekulantem ellihe hundert Millionen ein — war dafür aber auch ein Nagel zum Sarge des Kaiserreichs. Die Orleans-Prinzen, zu denen der belgische König in nahem Verwandtschaftsverhältnisse steht, haben allesamt kaufmännische Geschäfte betrieben — in Cassimir Perier Großvater und Vater, hatten sie ihren Bleichröder à la Bismarck. Daß der Kongostaat eine blutige Gründung war, wußte man von Anfang an, und die sämtlichen Aktienstücke, die der „Peuple“, unser Brüsseler Organ, neuerdings wieder veröffentlicht hat, einschließlich des Briefes seiner gründungsstrebigen Majestät, waren schon seit Jahren bekannt, wurden aber von der „gutgesinnten“ Presse, die nicht will, daß die Praktiken hoher Herren vom profanen Volke gesehau werden, systematisch todgeschwiegen. In diesem Fall hat der spekulative König sich allerdings verpekulirt. — Er wurde von dem schlauen Stanley über's Ohr gehauen. Die Belgier wollen um seinen Preis auf den Kongo schwindeln anbeißen, und jetzt handelt es sich für die belgische Regierung nur noch darum, den Kammeren so viel Geld abzunehmen, daß dem biederen Leopold wenigstens ein Theil des Geldes, das er in die Gründung gesteckt, zurückerstattet werde. Unsere belgischen Genossen sind aber auf dem Damm, und der brave König hat sein Geld noch nicht. Wie man weiß, hat er mit Ab-dankung gedroht. Kein Geld, kein König! denkt er, nach Logik des alten: Kein Kreuzer, kein Schweizer — point d'argent, point de Suisse. —

Der Papst und die belgischen Christlich-Sozialen. Der Erzbischof von Mecheln, Kardinal Goossens, ist aus Rom zurückgekehrt. Der Papst hatte ihm bekanntlich aufgetragen, eine Verständigung zwischen den Christlich-Sozialen und den Ultramontanen anzustreben. Der Papst ist durchaus nicht gefonnen, den Demokraten, die bei ihm in Ansehen stehen, einen Tadel zu erteilen. —

Sozialistische Abgeordnete vor den italienischen Gerichten. Vor dem Appellhofe werden dieser Tage mehrere Sozialisten erscheinen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur sozialistischen Partei vom Modenaer Gerichte bereits zu Gefängnisstrafen (die einen zu 5, die anderen zu 6 Monaten) verurtheilt worden sind. Unter den Angeklagten befinden sich der Abgeordnete Gregor Agnini und der Provinzialrath Rechtsanwalt Rinaroli. Die Angeklagten hatten Vertagung beantragt, weil ihr Verteidiger, der Abgeordnete Bendinini, am Erscheinen verhindert ist. Der Vertagungsantrag wurde jedoch abgelehnt. Die Vertbeidigung wird nun der sozialistische Abgeordnete Beninini übernehmen.

Am 18. d. M. gelangte vor dem Appellhofe in Bologna die Berufung des Staatsanwalts gegen das Urtheil des Gerichts zu Ferrara zur Verhandlung, welches die Urtheilsfällung gegen den Abgeordneten Agnini suspendirte, weil er denselben „Verbrechen“ angeklagt war, das ihm schon in Modena eine längere Gefängnisstrafe eingebracht hatte.

Gleichfalls in diesem Monate wird vor dem Modenaer Gerichte der Prozeß gegen den Abgeordneten Prampolini und Genossen aus Reggio Emilia zur Verhandlung kommen, nachdem der Kassationshof in seiner hohen Weisheit entschieden hat, daß Abgeordnete auch während der Session zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden können. Der Polizeirichter in Reggio hatte seinerzeit die Angeklagten zu zwei und vier Monaten Verbannung verurtheilt. —

Die schwedischen Schnitzkünstler an der Arbeit. Die erste Kammer des schwedischen Parlaments beschloß in ihrer Abend-sitzung am letzten Sonnabend den Zoll für 100 Rilo unvermahlenes Getreide von 315 auf 370 Dore zu erhöhen, den Zoll von 550 Dore für vermahlenes Getreide beizubehalten, den Melezoll auf 30 und den Kartoffelzoll auf 50 Dore per 100 Rilo festzusetzen. Die zweite Kammer nahm den Zoll von 315 Dore auf unvermahlenes Getreide an, während die Rinderheit 370 Dore beantragt hatte. Ferner wurde beschlossen, daß Daser und Wiken zollfrei sein, der Zoll auf Malz 4 Kronen und der Wehzzoll 525 Dore betragen soll. Rummeh hat noch eine gemeinsame Botirung durch beide Kammern statzufinden. —

Zur Korruption im russischen Kommunikations-Ministerium. Wie man der „Vol. Korr.“ aus Petersburg meldet, steht die Angelegenheit des gemeinsamen Kommunikations-Ministers Krivoschein sehr unangenehm. Der Zar

hat die von Herrn Krivoschein unterbreitete Denkschrift, in welcher dieser seine Amtsgewalt gegenüber den erhobenen Beschwerden zu rechtfertigen sucht, verworfen und die Fortsetzung der eingeleiteten Untersuchung angeordnet. Justizminister Murawiew, der diese Untersuchung führt, wird nun an den gewesenen Minister eine Reihe präzisierter Fragen über verschiedene Amtshandlungen desselben richten, welche besriedigend zu beantworten Herrn Krivoschein, wie man an unterrichteter Stelle annimmt, sehr schwer fallen dürfte.

Cuba. Aus Madrid wird gemeldet: Trotz der von der Regierung überall verbreiteten optimistischen Auffassung von der Lage auf Cuba hat die Absendung von Truppen bis jetzt nicht aufgehört.

Die alljährlich von spanischer, offizieller Seite gemeldete Siegesnachricht aus Cuba fehlt auch heute nicht. Sie lautet: Die von Rubi Gora geführten Aufständischen auf Cuba wurden nach mehreren Gefechten bei Baire aus ihren Stellungen vertrieben. Dieselben erlitten beträchtliche Verluste.

Chinesisch-japanischer Krieg. Die Japaner besetzten am 7. März die Küsten-Häfen in der Nähe von Yinkow. Gestern früh griff die 1. Division der 1. japan. Armee Thien-tschang-tai an, wo das chinesische Hauptkorps, 10 000 Mann stark, stand. Der Kampf war heftig und dauerte 3 Stunden. Die Chinesen verloren 2000 Tote und Verwundete, die Japaner 96.

Nach einer Meldung der „World“ aus Tokio wurde China von den allgemeinen Friedensbedingungen benachrichtigt, unter denen Japan in einen Friedensschluss einwilligen würde und erklärte, es sei bereit, den vorgeschlagenen Vertrag zu unterzeichnen. Die Korrespondenz wird durch die Gesandten der Vereinigten Staaten in Tokio und Peking geführt.

London, 11. März. Aus Japan eingetroffene Depeschen besagen, daß sich die japanischen Truppen zur Belagerung und Erstürmung der Insel Samoja rüsten.

Parteinachrichten.

Achtung, Arbeiter und Arbeiterinnen! Am Mittwoch, den 13. d. M., soll im großen Saale des Keller'schen Establishments eine Volksversammlung stattfinden, in welcher die Form der Organisation der Arbeiterinnen zur Besprechung gelangt. Allen Parteigenossen ist sicher bekannt, wie alle Organe der Reaktion bemüht sind, den Organisationen der Frauen Hindernisse in den Weg zu legen. Unsere Forderung bietet dazu vorzügliche Handhaben, das hat die Auflösung der Frauen-Agitationskommission bewiesen. Es ist hiermit die Wichtigkeit der Versammlung erwiesen und hoffen wir, daß die Arbeiterinnen zahlreich erscheinen.

Von der Agitation. Die kaiserlichen Erlasse und die Sozialdemokratie war das Thema, über welches der Reichstags-Abgeordnete Grillenberger am Freitag in Magdeburg vor einer von etwa 2000 Personen besuchten Versammlung sprach. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte die Annahme nachstehender Resolution: Die heute von mehr als 2000 Personen besuchte Volksversammlung erklärt: Da die herrschende Klasse nur Genüge bewiesen hat, daß sie nicht genügt ist, irgend etwas Durchgreifendes zur Volksheilung zu bewilligen, da die Bourgeoisie in ihrem Klassenegoismus wählt und nur den berechtigten Arbeiterforderungen entgegentritt, erblickt sie (die Versammlung) nur in der Durchführung des Sozialismus die Rettung des Volkes. Die Versammlung hebt ausdrücklich hervor, daß sie gegen Vergabe der vollen Koalitionsfreiheit gern auf allen jetzt gebotenen sogenannten Arbeiterschutz verzichtet.

Gegen die Tabaksteuer-Vorlage protestierte eine Versammlung der Hamburger Zigarrenfabrikanten. Der Reichstags-Abgeordnete v. Elm hielt das Referat.

Die Wahlkreis-Konferenz für den 13. hannoverschen Wahlkreis, welche am 3. März in Goslar stattfand, war von 18 Delegierten aus 19 Ortschaften besetzt. Die Abrechnung des Vertrauensmannes ergab eine Einnahme von 970,88 M., eine Ausgabe von 910,98 M. Bei der Berichterstattung der Delegierten konnte zur allgemeinen Zufriedenheit konstatiert werden, daß die Bewegung gute Fortschritte gemacht hat. Angeregt wurde die Gründung einer wöchentlich dreimal erscheinenden Zeitung für den Harz, da die wöchentlich einmal erscheinenden Blätter „Sonntagszeitung“ und „Landbote“ den lesenden Genossen nicht mehr genügen. Demzufolge wurde die Agitationskommission beauftragt, Erkundigungen über Kostenpreis und Bedingungen eines herzustellenden „Kopfblasses“ bei einer Redaktion einzuziehen. Als Kandidat für die nächsten Reichstags-Wahlen wurde Genosse Frh. Wille Berlin gewählt. Ebenfalls wurde der bisherige Kreis-Vertrauensmann, Genosse Pohmann, wiedergewählt. Sodann hielt Genosse Weim ein 1 1/2 stündiges, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die „Umsatzvorlage“. Leider konnten, politischer „Fürsorge“ halber, nicht mehr als 24 Personen im Lokal anwesend sein. Bemerkenswert ist noch, daß es den Genossen in Goslar bisher nicht möglich war, ein größeres Lokal zu erlangen.

Der Wahlkampf im 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Dresden-Land) hat bereits begonnen. In Striesien bei Dresden fand vor einigen Tagen eine von etwa 200 Personen besuchte Wählerversammlung statt. Genosse Scheunig, der als Referent erschienen war, wurde in der Diskussion vom Ueberwachenden zur Sache verwiesen, 2 anderen Rednern das Wort entzogen, schließlich wurde die Versammlung aufgelöst. — Wollen die Behörden Gründe schaffen zur Kassierung der Wahl?

Für die kommenden Bezirks-Krankenkassen-Wahlen in Wien entsalten unsere dortigen Parteigenossen eine rege Tätigkeit. Die Wahlen finden am 17. d. M. statt.

Todtenliste der Partei. Wieder ist das Ableben mehrerer Parteigenossen, die in hervorragender Weise für unsere Sache tätig gewesen sind, zu verzeichnen. In Hannover starb der Vater Reitelmann, der älteste und wohl einer der ersten Parteigenossen am dortigen Orte im Alter von 86 Jahren 5 Monaten. Der Entschlafene ist, seitdem er die Idee des Sozialismus begriffen, unentwegt für das unterdrückte Proletariat eingetreten und hat, selbst noch im Greisenalter, wo er konnte, unsere Forderungen verkündet. Vater Reitelmann, wie er allgemein genannt wurde, war langjähriger Mitglied des von Ferd. Lassalle begründeten „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“, der später auf Veranlassung des bekannten Oberstaatsanwalts, nachherigen Reichsanw. v. Tessenberg aufgelöst wurde. Auch dem nachherigen „sozialdemokratischen Wahlverein“ gehörte der Bestorbene an. — In Leipzig starb der Genosse Teubner im Alter von 70 Jahren. Als anfangs der sechziger Jahre Lassalle die Arbeiter zum selbstständigen Handeln aufforderte, war Teubner bald ein eifriger Verfechter der Ideen Lassalle's. Er wurde in das Komitee zur Begründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gewählt und nach dessen am 22. Mai 1863 in Leipzig erfolgter Gründung wurde er Bevollmächtigter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für die Gemeinde Gonnern. Als das Sozialistengesetz geschaffen wurde, trat er wegen seines hohen Alters von der Agitation zurück, schloß sich aber 1891 der neugeschaffenen Organisation, dem sozialdemokratischen Verein Alt-Leipzig, an. Nach jahrelangem Leiden ist vor einigen Tagen in Gonnern der Weber Bruno Wendler gestorben. Wendler war Sozialist und hat gewissermaßen die ganze Entwicklung der Partei mitgemacht, er nahm auch teil am Eisenacher Kongress. Im Alter von 40 Jahren warf ihn ein tödliches Leiden — Gelenkrheumatismus — nieder, der ihn fast immer an das

Zimmer fesselte, bis er jetzt im Alter von 82 Jahren für immer die Augen geschlossen hat. Am Freitag ist ihm von den Chemnitzer Genossen ein würdiges Begräbnis bereitet worden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Eine bewundernswürdige Begründung gab das Leipziger Polizeiamt der Ablehnung einer Beschwerde bei, die unsere Leipziger Genossen gegen die dem Dr. Quard widerfahrne Wortentziehung eingereicht hatten. Der Beschluß lautet: In der am 17. Februar im Pantheon hier abgehaltenen allgemeinen Arbeiterversammlung hat der mit Ueberwachung dieser Versammlung beauftragte Beamte dem als Redner aufgetretenen Dr. Quard das Wort entzogen, als derselbe (vergl. Blatt 127b act.), nachdem er erwähnt, daß die sächsische Regierung für die Fabrikinspektoren 150 000 M. verausgabte, die Kneuerung gethan hat:

„Was wollen aber 150 000 M. für die große Zahl der Industrie-Arbeiter Sachsen bedeuten gegenüber den Ausgaben, die von dem sächsischen Staat und auch anderwärts für Zwecke aufgebracht werden, wenn es gilt für den Unternehmer und Fabrikanten Kanäle und Eisenbahnen zu bauen! Für die Arbeiter muß eine solche Summe genügen, wenn es aber gilt, für die Unternehmer Ausgaben zu machen, da fliegen die Millionen nur so raus.“

Der Redner hat durch diese Aeußerungen offenbar der sächsischen Staatsregierung den beleidigenden Vorwurf gemacht, daß sie die Unternehmer und Fabrikanten in unzulässiger Weise gegenüber den Arbeitern begünstige, insofern sie bereit sei, für mehrere Millionen auszugeben, während sie es bei Ausgaben, die im Interesse der Arbeiter notwendig seien, an Gewährung der erforderlichen Mittel fehlen lasse. Es bezweckte die Kneuerung jedenfalls damit zugleich das Ansehen der sächsischen Staatsregierung in den Augen der Anwesenden herabzusetzen und die Arbeiter gegen die Unternehmer und Fabrikanten aufzuheizen. Die Kneuerung charakterisiert sich deshalb als eine solche, wegen deren dem Redner das Wort zu entziehen der Beamte nach § 9 des Vereinsgesetzes vom 23. November 1850 allerdings berechtigt war.

— **Eingekerkertes Verfahren.** Die gegen Genossen Geiger, Redakteur der „Schwab. Tagwacht“ in Stuttgart, schwebende Untersuchung wegen Verleumdung eines Bahn-Betriebsinspektors in Tübingen ist eingestellt worden, weil die Voruntersuchung ergeben hat, daß die in genanntem Blatt behaupteten Thatsachen der Wahrheit entsprechen. — Eine weitere Strafsache gegen Redakteur J. Geiger, bei welcher das Kommando des von Stuttgart nach Ulm verlegten Infanterieregiments Nr. 19 als Kläger figurirt, dürfte in Bälde in gleicher Weise wie obige Strafsache ihre Erledigung finden, nachdem der Redakteur der „Ulmer Ztg.“, welcher den angeblich beleidigenden Artikel aus der „Schwab. Tagwacht“ abgedruckt hatte, vom Schöffengericht in Ulm freigesprochen worden ist. — „Hat der Mann Glück!“ — werden alle seine Kollegen von der sozialdemokratischen Presse ausrufen.

— Die Staatsanwaltschaft Wien hat gegen Dr. Viktor Adler, Herausgeber, und L. A. Bretschneider, verantwortlichen Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, die subjektive Verleumdung eingeleitet. Den Anlaß bildet das Abendblatt vom 28. Februar, in welchem an fünf Stellen die Zeiliste nach §§ 63, 64, 300 und 302 enthalten sein sollen. In dem Redaktionslokal und in der Druckerei wurde eine Hausdurchsuchung gehalten und einige Manuskripte mit Beschlagnahme belegt.

Soziale Uebersicht.

Ein sozialpolitischer Schulmeister. Unser Bielefelder Partei-Organ veröffentlicht folgende Sätze aus dem Schreibhefte eines Schülers der Bürgerschule, welcher seinen Unterricht von einem Rektor erhält. „Es gibt viele Heher, die hegen den Arbeiter gegen den Arbeitgeber auf; legen dann diese die Arbeit nieder, so müssen die Arbeiter die Unterstüfung zahlen. Die Heher haben kein Geld, sie lassen sich ihre Reden noch bezahlen. Wie viel Noth bei solchen Streiks herrscht, haben wir bei dem der Seidenweber gesehen.“ — Gut ab vor dieser nationalökonomischen Weisheit, die wir durch kein Wort der Kritik abschwächen möchten.

Die Elberfelder und Varmer Maler- und Anstreicher-Zunungen haben in einer gemeinschaftlichen Sitzung am 20. Februar in Unterbarren einstimmig den Beschluß gefaßt, die Arbeitszeit für Gehilfen während des Sommers in beiden Städten von 11 auf 10 Stunden täglich herabzusetzen und die Mittagspause auf 1 1/2 Stunden zu verlängern. So berichtet „Das Bauwerk“. Sollte dieser Beschluß den Thatsachen entsprechen, so würde derselbe eine Vernunftbeweise, wie sie gerade bei den Zunungen zu den höchst seltenen Erscheinungen gehört.

Die Verpflegungsinstitutionen, jene Anstalten, die nicht zur obligatorischen Sozialreform gehören, dort, wo die freiwillig geleistete Charitas zur Geltung kommt, haben, wie wir bereits vor einigen Tagen berichteten, in ihrer Zahl ganz wesentlich abgenommen. Von 928 Stationen im Jahre 1890, so wurde in der Versammlung des Gesamtverbandes deutscher Verpflegungsinstitutionen berichtet, bestanden im Jahre 1893 nur noch 797. — Selbst die Broden, welche die Besessenen hier den Armen hinwerfen, werden den ersten zu kostspielig.

Die Verschonung, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Kranken-Versicherungsgesetzes genügen, ist nachstehenden zwei Krankenkassen erteilt worden: dem Krankenunterstützungs-Verein zu Meißel und von neuem dem Kranken-Hilfsverein der Maurer und Zimmerleute in Hadersdorf und Umgegend (G. S.) in Hadersdorf im Fürstenthum Neuh. J. L.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik der Metallarbeiter bei der Firma Eckel u. Glücke, Wasserthorstraße 50, dauert fort. Ersatzkräfte für die Ausständigen haben sich bis heute nicht gefunden.

Bei der Firma O. Lundershausen, Pringenstraße 90, legten am Sonnabend sämtliche Metallarbeiter, Gürtler, Drücker, Kempner und Schmittarbeiter, wegen vorgenommener Maßregelungen die Arbeit nieder. Bei der genannten Firma waren wiederholt Abzüge vorgenommen, die jedoch der Arbeitgeber auf den Einspruch des unterzeichneten Vorstandes hin wieder rückgängig machte, resp. auf verschiedene Artikel Zulagen bewilligte.

Die Kollegen sollten sich jedoch dieser Ertrungenschaft nicht allzulange erfreuen. Der Unternehmer stellte, obwohl die Geschäftslage gegenwärtig keine günstige ist, neue Leute ein, und begann allmählich seine alten langjährigen Arbeiter unter nichtigen Vorwänden einzeln hinauszubugeln. Die Kollegen erkannten sofort, daß das erreichte durch dieses Manöver vollständig verloren geht, und sahen sich daher zu diesem äußersten Schritt gezwungen.

Wir bitten, diesen beiden Werkstätten die notwendige Beachtung zu schenken und den Zugang bis auf weiteres strengstens fern zu halten.

Da sich voraussichtlich Herr Lundershausen zwecks Veranlassung geeigneter Kräfte, namentlich Gürtler, nach Offenbach a. M. wenden dürfte, so bitten wir hauptsächlich die Offenbacher Presse um Aufnahme vorstehender Notiz. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Wie uns mitgeteilt wird, sucht Herr Hönike durch seinen Sozjus Herrn Gustav Winter Arbeiter für seinen Betrieb einzustellen. Da über genannte

Firma die Sperre verhängt ist, werden die Metallarbeiter ganz besonders auf diese Vorgänge aufmerksam gemacht und ersucht, den Zugang fern zu halten.

Au die Zimmerer Deutschlands! Werthe Kameraden! Wohl wird sich die gegenwärtige wirtschaftliche Krise in unserem Gewerbe überall bemerkbar machen, auch werden in jedem Orte Deutschlands eine bestimmte Anzahl von Zimmerern arbeitslos sein, aber nirgends kann die Arbeitslosigkeit so groß sein als in Berlin. Die hier im Zimmerergewerbe herrschenden Zustände sind wohl nicht in gleicher Weise in vielen Städten Deutschlands zu finden. Die wenigen in Angriff genommenen Bauten sind sogenannte Schwindelbauten, bei denen die Arbeitskraft bis auf das äußerste ausgenutzt und der Lohn von Jahr zu Jahr reduziert wird, oftmals müssen die Arbeiter auch noch ohne Lohn nach Hause gehen.

Wir stehen diesem Treiben ziemlich machtlos gegenüber. Einerseits ist das Heer der Arbeitslosen ein derartig großes, daß den Arbeitgebern bei jeder Gelegenheit tausende von Arbeitskräften zur Verfügung stehen. Andererseits ist der Zugang aus den kleinen Städten so groß, daß immer nur ein Theil der am Orte ansässigen Familienväter Arbeit findet und jetzt ungefähr 4000 Zimmerer 10 bis 12 Wochen und noch länger außer Arbeit sind. Und auch der nächste Sommer wird dieses traurige Bild sehr wenig verändern. Kameraden! Deshalb sorgt dafür, daß der Zugang nach Berlin ferngehalten wird. Obgleich in diesem Jahre noch mit den Arbeiten zur Gewerbe-Ausstellung begonnen wird, wird dieselbe doch nicht ausreichen, um allen Arbeitslosen Beschäftigung zu bringen, und mancher würde der Hauptstadt enttäuscht den Rücken kehren müssen. Also nochmals, haltet in diesem Jahre den Zugang nach Berlin fern.

Ueber die Arbeitsverhältnisse und sonstigen öffentlichen Angelegenheiten der Zimmerer Berlins wird gern von dem unterzeichneten Auskunft gegeben. Der Vertrauensmann der Zimmerer Berlins und Umgegend, Theodor Fischer, Berlin N., Danzigerstraße 83. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung! Der Arbeiter Adolf Pannewitz aus Jhehoe, dessen jetziger Aufenthalt unbekannt ist, wird dringend gebeten, seinen Aufenthaltsort an Unterzeichneten gelangen zu lassen, da er in einer wichtigen Angelegenheit zeugen soll.

W. Kellermann, Jhehoe, Große Poststraße 17.

Im Schuhmachergewerbe Deutschlands kamen im verfloffenen Jahre 26 Lohnbewegungen vor, von denen 14 mit Streik und 12 ohne Streik ihre Erledigung fanden. Bemerkenswert ist dabei, daß diese in 25 Fällen Schussfabriken, also Fabrik-Schuhmacher, und nur einmal Schuhmacher-Gehilfen betrafen. Die sehr dürftige Berichterstattung gab leider nur bei 12 Bewegungen Aufschluß über den Ausgang, 9 hatten einen Erfolg, 3 eine Niederlage für die Arbeiter zur Folge. Von den 14 Arbeitseinstellungen waren 7 sogenannte Angriffs- und 7 Abwehrstreiks. Die bedeutendste Bewegung war die in Burg, welche allein 32 182,16 M., mehr als die Hälfte einer Jahreseinnahme des Vereins Deutscher Schuhmacher kostete.

Au die Glasarbeiter wird das Ersuchen gerichtet, folgende Plätze zu meiden: Oldenburg, Düssel, Flensburg, Radeberg, Rive de Gier und Cognac (Frankreich) und die Glashütten in Barcelona.

Für Porzellanarbeiter ist bis auf weiteres die Sperre verhängt über: Turn, Terracotta- und Majolika-Fabrik Anton Heller, für Dreher; Altwasser (Schlesien), Tielich u. Co.; Turn-Zeplich, Fr. Wahl; Wien: Karl Häbler; Berlin, Maler; Roschik bei Gera; Wegesad; Frankfurt a. O., Pärtisch; Vessau (Post Dallwitz bei Karlsbad).

Die Lederarbeiter der Lederfabrik Schmidt in Eckernförde haben wegen Mahregelung eines Kollegen die Arbeit niedergelegt. Theilhaftig sind 25 Mann.

Die Beendigung des Weberstreiks in Aachen, die wir bereits am Sonntag gemeldet, wird vom Aachener Volksblatt bestätigt. Dagegen werden von genanntem Blatte einige von uns gemachte Angaben über die Entstehung des Streiks richtig gestellt. Da der Streik zu Ende, so lohnt sich eine Berichtigung kaum noch; bemerken wollen wir nur, daß uns die Berichte von durchaus glaubwürdiger Seite zugegangen waren.

200 000 Arbeiter ausgesperrt. Infolge eines Streiks hat die Genossenschaft der Tuchfabrikanten Englands den Arbeitern mitgeteilt, daß am 15. März die Fabriken in der ganzen Gegend von Northampton geschlossen werden. Dadurch werden 200 000 Arbeiter brotlos. Die Arbeiter sehen aber der Zukunft ruhig entgegen, da sie annehmen, daß sie unentbehrlich sind. Auf den Rath der Arbeitergewerkschaft hatten bereits am Sonntagabend 1200 Arbeiter die Arbeit eingestellt.

Den streikenden Sehern in Sofia haben sich sämtliche typographische Arbeiter angeschlossen.

Die englischen Schuhfabrikanten sind dem angeklagten Zustand durch eine Aussperrung zuvorgekommen, wie wir der „Voll. Ztg.“ entnehmen. In den meisten Schuhfabriken in Leicester stand am 9. März schon die Kündigung angeschlagen. Der Bürgermeister von Leicester Picton hat den Fabrikanten seine guten Dienste als Vermittler angeboten, allein umsonst. Vorwärts halber von anderen Städten Schuhmannschaften herbeigezogen worden. Allein in Leicester kommen 20 000 Schuhmachergesellen außer Arbeit. In Northampton stehen die Dinge gerade so. Die Dissidenten geistlichen haben sich an den Präsidenten des dortigen Zweigvereins des Fabrikantenbundes gewandt, er möge von der Arbeitsperre absehen. Die Antwort lautete, die Fabrikanten hätten lange gedauert, aber der Gewerksverein wolle Krieg. In Leeds, der dritten der großen Schuhmacherkäde Englands, wo die Arbeiter die Arbeit niedergelegt wollten, sind ihnen zu ihrer nicht geringen Verwunderung die Fabrikanten zuvorgekommen und haben die Kündigung an die Werkstätten geschlagen.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Paris, 10. März. Nach einer dem „Temps“ aus Nancy zugegangenen Meldung soll der Baunternehmer Gill, welcher für die Arbeiten am Port Pont-St. Vincent Italiener angeworben hatte, von französischen Arbeitern mit Steinwürfen angefallen worden sein. Der Wagen wurde zertrümmert, Gill mußte auf die Mairie flüchten. Gendarmerie stellte die Ordnung wieder her. Die Italiener verließen sodann infolge von Bedrohungen und Beschimpfungen seitens der Bevölkerung sofort Pont-St. Vincent.

Paris, 11. März. Eine amtliche Depesche aus Hanoi meldet: 10 französische Beamte, welche mit der Ueberwachung der Telegraphenlinie von Chomoi nach Thainguyen beauftragt waren, wurden am 28. v. Mts. von Seeräubern angegriffen. Einer der Beamten wurde getötet, ein anderer gefangen genommen.

Lima, 10. März. Die Lage der Kriegführenden ist eine überaus schwierige; es fehlt an Lebensmitteln, Munition und Kleidungsstücken.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Budapest, 11. März. Gestern fand eine zahlreich besuchte Versammlung von Abgeordneten statt; in derselben wurde der Beschluß gefaßt, am 24. März, dem Sterbetage Kossuth's, eine große Trauerfeier zu veranstalten.

Rom, 11. März. Die hiesigen Studenten bereiten anlässlich des Prozesses in Larnopol eine Sympathieumgebung an die polnischen Studenten vor.

Venedig, 11. März. In einer gestrigen äußerst zahlreich besuchten Versammlung wurde von der Majorität der hiesigen monarchisch-konstitutionellen Partei die Erklärung abgegeben, sie protestire gegen das Kabinet Crispi.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

57. Sitzung vom 11. März 1895, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Bronsart v. Schellendorff, v. Stephan.

Das Haus verhandelt zunächst über die an die Kommission vertriebenen Anträge v. Poddießki und Schädler. Die Budgetkommission beantragt:

1. Den Antrag des Abg. v. Poddießki in folgender unveränderter Fassung anzunehmen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß für das Etatsjahr 1895/96 die Mittel bereit gestellt werden, um den Quartierwirth, welche während der Übungen der Truppen den Mannschaften die Verpflegung freiwillig verabfolgen, eine Vergütung nach den Sätzen für die Marschverpflegung gewähren zu können.

2. Den Antrag des Abg. Dr. Schädler in folgender veränderter Fassung anzunehmen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die mit der Verabreichung warmer Abendkost an die Mannschaften des aktiven Heeres angefertigten Verpflegung fortgesetzt werden, und je nach dem Ergebnis dieser Versuche Mittel zur allgemeinen Einführung dieser Einrichtung in den Etat einzustellen, sobald die Finanzlage des Reiches es gestattet.

Abg. v. Vollmar (Soz.): Der Antrag Schädler verliert alle Bedeutung durch die von der Kommission vorgenommene Aenderung. Daß die Verpflegung der Soldaten keine musterhafte ist, wird von allen Seiten anerkannt werden. Wer das thut, müßte ohne Rücksicht auf die Finanzen für die Besserung der Ernährung der Soldaten stimmen. Sonst kümmert man sich doch wenig um die Finanzen, wenn es sich darum handelt, militärische Bewilligungen zu machen. Es könnten übrigens wohl an anderen Stellen des Militäretats die nöthigen Mittel gespart werden, um die Soldaten besser zu ernähren. Durch den Zusatz der Budgetkommission ist die Resolution Schädler werthlos, eine leere Demonstration geworden. Man sollte sie lieber zurückziehen und erklären: Wir bewilligen sonst Millionen für militärische Dinge, aber zur richtigen Ernährung der Soldaten fehlt uns das Geld. Ich werde gegen die letzten Worte der Resolution stimmen.

Abg. Schädler (Z.): Auch mir wäre es lieber, wenn die ursprüngliche Fassung der Resolution angenommen würde. Wenn ich nicht alles erreichen kann, dann sehe ich, ob ich nicht etwas erreichen kann. Es ist ja leicht, einen Antrag zu überreichen, wenn man weiß, daß dabei doch nichts herauskommt. Die Resolution hat trotzdem noch einen Werth; wenn sie auch jetzt nicht gleich erfüllt wird, so wird sie doch die Regierung daran erinnern, daß es sich hier um eine sehr dringliche Forderung handelt.

Abg. Dammacher (natl.) spricht sich in demselben Sinne aus.

Abg. Richter (fr. Sp.): Herr v. Vollmar will die acht Millionen gleich in den Etat einfließen und nachher stimmt er mit seinen Freunden gegen den Etat. Wenn etwas eine leere Demonstration ist, dann ist es die Bekundung des Eisens für eine neue Ausgabe, wenn man nachher gegen den Etat stimmt (Sehr richtig! rechts.) Ausgaben, die zu streichen wären, hat Herr v. Vollmar nicht nachgewiesen. Denn die Pferdeoperationen für die höheren Offiziere würden nur einige hunderttausend Mark ergeben. Es müßte auch eine Mehrheit für solche Streichungen vorhanden sein. Die Resolution hat ihre sachliche Bedeutung darin, daß die Regierung diese Ausgabe in erster Linie in Aussicht nehmen soll. Wird der Schluss der Resolution getrichen, so wird der Reichskanzler die Summe dem Reichstage zuschreiben, welche er für die Einstellung der Tabaksteuer ausgerechnet hat. Will Herr v. Vollmar die Annahme der Tabaksteuer fördern?

Abg. v. Vollmar: Ich will die Tabaksteuer nicht fördern und bleibe dabei, daß im Etat die Mittel zu finden sind, um die Soldaten besser zu ernähren.

Beide Anträge der Kommission werden angenommen.

Es folgt die Berathung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Beim Gehalt des Staatssekretärs beantragt die Kommission: Den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß zur Förderung der Sonn- und Feiertagsruhe in Deutschen Reiches gleichzeitig mit der Abschaffung der Güterzüge auf den Eisenbahnen auch die vom Reichstage beschlossene Beschränkung des Paketbetriebes beim Reichspostamt zur Ausführung gelangt.

Abg. Vingsen (Z.) tritt für die Sonntagsruhe der Postbeamten ein, obwohl er anerkennt, daß bereits vieles geschehen sei. Aber so lange der Sonntagsnachmittagsdienst der Post noch bestehe, würden alle Maßregeln zur Förderung der Sonntagsruhe mangelhaft bleiben. Redner verweist insbesondere auf die Zustände in Hamburg und empfiehlt wie in früheren Jahren, daß gewöhnliche Pakete an Sonntagen nicht bestellt werden sollen. Er bittet, in überwiegend katholischen Gegenden an nicht gefestigten katholischen Feiertagen den Postdienst wie an Sonntagen einzurichten.

Staatssekretär von Stephan: Ich kann die Zustände in Hamburg nicht beurtheilen; es herrschen dort besondere Verhältnisse. Wenn die überseeische Post ankommt, so wächst der Dienst. Wenn ein Sturm ausbricht, der alle Fernsprechdrähte zerstört, dann muß die Postverwaltung schließlich auch Sonntags arbeiten lassen. Wenn die Güterpakete Sonntags bestellt werden sollen, müssen wir denselben Apparat zur Verfügung haben, wie sonst. Wenn die gewöhnlichen Pakete Sonntags nicht bestellt werden, und auch nicht die Soldatenpakete, so würden dadurch namentlich die kleinen Leute geschädigt, welche das Expressporto nicht bezahlen können. Man sollte doch in dieser Beziehung nicht zu weit gehen. Ein Rabbiner zur Zeit des Herodes verbot den Juden, sich vom Mittwoch ab mit einem Briefe zu besorgen, weil dieser Brief möglicherweise am Sabbath ankommen könnte. (Heiterkeit.) Wo es irgend sein kann, wo die Verkehrsinteressen nicht verletzt werden, wird auf Sonntagsruhe der Beamten die größte Rücksicht genommen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.): Nachdem für den Handelsstand für den Sonntagsverkehr bestimmte Stunden festgesetzt sind, sollte die Reichspostverwaltung darauf Rücksicht nehmen und ihre Dienststunden am Sonntag ebenfalls danach einrichten. Redner tadelt die übermäßige Anstrengung der Postbeamten an einem bestimmten Orte, die in 4 Wochen 371 Dienststunden zu leisten hätten, also wöchentlich über 93 Stunden, d. h. bei 6 Arbeitstagen über fünfzehn Stunden täglich. Die Uebersichtskarte, welche den Abgeordneten zugänglich gemacht sind, zeigen die Entwicklung des Post- und Telegraphenwesens in dem letzten Jahrzehnt. Sie sind ein Denkmal dauernder als Erz. Es ist nur bedauerlich, daß es an einer Uebersicht über die Entwicklung des Telegraphenwesens fehlt. Da wird noch viel geflagt, namentlich von Handelskammern über höhere Gebühren und darüber, daß die Wünsche nach neuen Anschlüssen nicht überall erfüllt würden. Die Folge davon ist, daß die Teilnehmerzahl sich in jedem Jahre immer weniger steigert; man sagt freilich, das beweise nur, daß das Bedürfnis befriedigt sei. Das sei ein Trugschluß. Wir stehen im Zeichen des Verkehrs und da müßte der Verkehr verbilligt werden. Die finanzielle Lage soll das nicht gestatten, man befürchtet einen Ausfall. Aber die Ermittlungen der

Handelskammern zeigen, daß der Postverwaltung erheblich höhere Einnahmen aus einer Herabsetzung der Telegraphengebühren zufließen würden. Mindestens ist es nöthig, in kleinen Städten die Gebühren zu ermäßigen. Denn man kann doch nicht dieselben Gebühren in kleinen Städten bei 50, 70 oder 100 Theilnehmern erheben, wie in Breslau bei 2200 und in Berlin bei 10 000 Theilnehmern. In Berlin hat der Telephonverkehr eine solche Ausdehnung angenommen, daß man von der „Quasseltruppe“ spricht. Wenn ein Berliner Teilnehmer täglich 15—16 Gespräche führt, so sind dafür die Gebühren, die bezahlt werden, nicht zu hoch. Aber einen solchen Gebrauch kann man in kleinen Städten vom Telephon nicht machen. Besonders zu tadeln sei, daß so zusammenhängende Städte wie Hamburg und Altona, Köln und Deutz postalisch auseinander gerissen und im Telephonverkehr als zwei verschiedene Städte behandelt werden, also die Telegraphengebühren für den Verkehr zwischen beiden erhöht werden. Der Osten besonders wird durch die hohen Gebühren sehr viel erschwerter belastet, weil er ohnehin im Verkehr nicht so begünstigt ist, wie der Westen. Es wird jetzt vielfach die Post mit Personenzügen gefahren, wo früher Schnellzüge bestanden. Nothwendig ist ferner eine Erhöhung der Gewichtsgrenze für einfache Briefe, die schon vielfach erhöht worden ist. Redner verweist auf die Petition des Papiervereins für Rheinland, welche für eine Gewichtsgrenze von 20 Gramm eintritt, und befreit, daß ein erheblicher Einnahme-Ausfall daraus entstehen werde. Endlich ist dringend nothwendig eine Reform des Zeitungstarifwesens. Jetzt beträgt die Gebühr 25 pSt. des Preises der Zeitung. In den letzten 20 Jahren hat sich die Einnahme hieraus nur um 32 pSt. gesteigert, während der Versand von Zeitungen sich erheblich mehr gesteigert hat. Hier muß Wandel geschaffen werden, das liegt im Interesse der Gerechtigkeit und Billigkeit.

Staatssekretär v. Stephan: Ich bin dankbar für die Anerkennung, die der Vorredner der Postverwaltung gezollt hat; das ist um so schätzbarer, als es von dieser (linken) Seite des Hauses selten geschieht. Die Telephonkarte, die der Vorredner vermisst, wird vielleicht zur nächsten Session erscheinen, die Sturm- und Drangperiode auf diesem Gebiete muß erst etwas vorübergegangen sein. Ich werde dann vielleicht eine Karte der Unfallmeldestellen vorlegen können. Die Zahl der Unfallmeldestellen hat sich 1894 auf 7512 vermehrt, in einem Jahre um 1035. Die Meldestellen sind auch fleißig benutzt worden bei Feuermeldungen, bei Meldungen von Ueberflutungen u. s. w. Auf dem Gebiet des Fernsprechwesens ist Deutschland am weitesten ausgebildet. In ganz Frankreich bestehen nicht so viel Fernsprechnetze, als allein in Berlin (hört! rechts) 1881 hatten wir 7 Orte mit Fernsprechanlagen; jetzt haben wir 378 Orte mit 84920 Anschlüssen. In Berlin allein finden 282 000 Gespräche täglich statt. Daß die Steigerung der Anschlüsse in den letzten Jahren nicht mehr so groß ist, wie früher, ist selbstverständlich. Wenn etwas anfängt, dann ist der Andrang immer am größten. Daß die Handelskammern wiederholt Wünsche auf Ermäßigung der Telegraphengebühren geltend gemacht haben, ist mir bekannt. Aber das imponirt mir nicht, wenn einer Handelskammer gleich einige Hundert nachfolgen. Es giebt aber auch Handelskammern, die sich überlegen, daß man die Gebühren nicht ohne weiteres ermäßigen kann. Davon, daß die Gebühren von 200 auf 150 M. ermäßigt worden sind, spricht jetzt niemand mehr. Die Handelskammern haben allerdings Ermittlungen angestellt und die Namen solcher Leute gesammelt, welche sich bei 100 M. anschließen lassen würden; aber diese Ermittlungen sind nicht verbindlich, und solche Dinge legt man der Verwaltung dann vor. Aus Breslau protestirt man gegen die Ermäßigung der Gebühren für die kleinen Städte, die großen Städte müßten ermäßigt werden, weil dorthin die Haupteinnahmen kämen. Man befreit, daß ein Einnahme-Ausfall entstehen wird, da die Zahl der Abonnenten sich vermehrt. Aber dadurch entstehen auch wieder mehr Ausgaben. An die Stelle der oberirdischen Leitungen müssen unterirdische Leitungen gelegt werden; es müssen alle paar Jahre neue Apparate angeschafft werden; es müssen vielfach die Häuser reparirt werden; in Hamburg hat ein einziger Sturm nicht weniger als 197 000 M. gekostet. Daß Hamburg und Altona als zwei verschiedene Städte behandelt werden, ist doch natürlich; es sind nun einmal verschiedene Städte. Die Forderung der Erhöhung der Gewichtsgrenze für Briefe auf 20 Gramm ist eine alte. Der Ausfall würde 9 Millionen Mark jährlich betragen. Woher soll dieser Ausfall gedeckt werden in einem Momente, wo die Finanzen die Regierung zwingen, neue Steuern zu verlangen? Wollen Sie die Tabaksteuer genehmigen? (Heiterkeit.) Die weiteren Ausführungen des Staatssekretärs, die sich auf den Post-Zeitungstarif zu beziehen scheinen, bleiben unverändert, da er nach rechts gewendet spricht.

Abg. Förster-Neuhoff (Deutsche Reformpartei): Der beste Dank für eine Verwaltung ist wohl eine Kritik der Mängel, die hervorgetreten sind. Wir können freudig anerkennen, daß die Post ihrem alten Rufe treu geblieben ist. Wo es sich aber um eine so große Anzahl von Beamten handelt, müssen die Klagen auch rückhaltlos vorgebracht werden; Unzufriedenheit zu erregen ist dabei nicht unsere Absicht. Es scheint, daß der frische Zug der Reform nicht mehr wie früher in der Postverwaltung vorhanden ist. Die Herabsetzung der Gewichtsgrenze für Briefe wird schon lange verlangt, und wenn die Paketfahrt-Gesellschaft bei 3 Pf. Porto noch ein gutes Geschäft in Berlin macht, dann sollte man für den städtischen Verkehr Berlins das Porto herabsetzen. Es giebt in den Provinzstädten prächtige und auch geschmackvolle Postgebäude, aber in den Innenräumen ist es oft dunkel, man kann kaum eine Postkarte oder eine Depesche schreiben, namentlich vertragen die Federn oft. Es fehlt auch an einer Wage, um die Schwere eines Briefes zu ermitteln; man muß immer die Beamten belästigen. Am Schalter wird das Publikum oft aufgehalten dadurch, daß ein Mann ein Dupend Postanweisungen auf einmal ausgiebt, die der Beamte erst einzutragen muß. Warum soll nicht der Aufgeber eine Liste der Postanweisungen selbst aufstellen, die der Beamte bloß kontrollirt. Wohlwollen hat die Postverwaltung immer bezeugt; aber trotzdem bestehen noch so viele Klagen, daß wir sie hier zur Sprache bringen müssen. Die Sonntagsruhe ist ja durch die Resolution der Kommission schon berücksichtigt; die Kommission hat ja auch schon für die 16 100 Landbriefträger ein Wort eingelegt. Oft besprochen, aber noch niemals berücksichtigt ist die Forderung, daß den Briefträgern im Sommer eine leichtere Kleidung gewährt werden müsse. Eine Ueberlastung der Beamten im Dienste ist auch aus Schönebeck an der Elbe gemeldet worden. Die Dienststunden sollten an den Sonntagen in die Stunden gelegt werden, die für das Handelsgewerbe freigegeben sind. Konsumvereine bestehen in den Kreisen der Postbeamten eine große Zahl. Aber es sind solche Vereine in Erkenntnis der sozialen Schäden, welche sie mit sich bringen, auch aufgelöst worden. Da sollte man aber den Beamten, die nothgedrungen solche Vereine gegründet haben, eine Entschädigung gewähren. Die Militärärzte fühlen sich benachtheiligt dadurch, daß ihnen nicht, der Vorschrift gemäß, 3/4 des Steleneinkommens gegeben wird für die Probefristzeit, in welcher sie eine Stelle versehen. Erst in der letzten Zeit sei die falsche Praxis geändert worden.

Redner bespricht dann die Maßregelungen von Postbeamten aus politischen Gründen. Ein Postbeamter Schulz ist von Breslau nach Frankfurt veretzt worden; natürlich im Interesse

des Dienstes; er hatte in Breslau Versammlungen meiner Partei geleitet. In Frankfurt wurde ein Postbeamter als antisemitischer Kandidat bei den Stadtverordnetenwahlen aufgestellt. Er wurde veretzt, natürlich im Interesse des Dienstes. Ähnliche Vorfälle sind aus anderen Städten bekannt und werden auch der Postverwaltung bekannt sein. (Zuruf des Direktors Fischer: Nur ein Fall!) Dann werde ich doch die einzelnen Fälle vortragen müssen. Redner fährt einige Fälle vor, aus Braunschweig, Köln, und spricht die Erwartung aus, daß noch andere Redner ähnliche Fälle vorbringen werden.

Bei der vorjährigen Etatsberathung wurde es getadelt, daß für die Hinterbliebenen von Beamten, welche an der Cholera verstorben waren, gesammelt wurde. Wie war das möglich, da doch der Etat für solche Unterstufungen einen besonderen Fonds aufweist? Ich vertrete hier die Wünsche von Tausenden von Beamten, die nach meiner Meinung völlig berechtigt sind. Die Beamten, welche Klagen haben, drohen nicht, daß sie zu den Sozialdemokraten übergehen wollen. Die letzten Ausführungen des Redners sind nicht verständlich, da er zu dem rechts von ihm sitzenden Direktor Fischer spricht und von der Tribüne weg-gewendet steht.

Abg. Dr. Schoenau (Soz.): Ich muß zugeben, daß der Druck von außen, der ausgeübt worden ist von dem Parlament, der Presse und der öffentlichen Diskussion nicht ohne Wirkung geblieben sind auf die Thätigkeit der Reichspostverwaltung. Es sind Zugeständnisse gemacht worden im Laufe des letzten Jahres; man ist einen kleinen Schritt vorwärts gekommen. Wir begrüßen es, daß das Dienstalterssystem nach den Wünschen des Reichstages und der Beamten eingeführt worden ist. Ueber die Regelung dieser Verhältnisse werden wir an der betreffenden Stelle noch des weitern zu erörtern haben. Der Dienst in verschiedenen Postanstalten Berlins ist ein besserer geworden. Es ist anguerkosten, daß das Kollektenwesen von der Bildfläche verschwunden ist. Der Staatssekretär hat sich ausdrücklich gegen ein Geschenk zu einem Dienstjubiläum ausgesprochen. Auch die Vertheilung der Unterstufungen an die Unterbeamten hat sich gegen früher gebessert. Andererseits aber hat sich das System der sozialen Politik in der Reichspostverwaltung nicht verändert. Es besteht noch heute die Tendenz, Ersparnisse herauszuwirthschaften, indem man Unterbeamte und Subalternbeamte die Arbeit verrichten läßt, die bisher zum größeren Theil von besser bezahlten und günstiger gestellten Beamten ausgeführt wurde. Die Ziffer der Postsekretäre vermindert sich von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1890 hat der Reichstag eine Resolution angenommen, wonach das etatsmäßige Personal im Verhältnis zu den diätarisch angestellten Beamten erhöht werden sollte. Nun hat ja die Zahl der etatsmäßigen Stellen zugenommen. 1891/92—1894/95 ist die Zahl der etatsmäßigen Stellen um 16 225 gewachsen. Die Zahl der etatsmäßigen Unterbeamten ist bis 1893 um 18 071 gewachsen. Diese Zahl trifft aber nicht zu, denn sie entspricht nicht dem Verhältnis von 2/3 (angestellten) zu 1/3 (nicht angestellten Subalternbeamten) und 2/4 zu 1/4 (Unterbeamten). Auf 64 792 Unterbeamte im Jahre 1893 kommen 36 448 etatsmäßige Stellen, das sind also nicht einmal 2/3. Ich kann mich hier auf eine Schrift des kaiserlichen Postinspektors zurück berufen. Im Jahre 1872 hatten wir 10 000 Landbriefträger, von denen 9954 angestellt waren. 1892 hatten wir 25 644 Landbriefträger, von denen nur 14 000 fest angestellt sind. (Hört! links.) Unter 39 603 Unterbeamten zählte man 1893 nur 10 000 unfähbar angestellte. Wieviel von den 64 792 Unterbeamten unfähbar angestellt sind, erfahren wir von der Postverwaltung nicht. Allerdings ist in der letzten Zeit die Grenze der Rindbarkeit etwas herabgesetzt worden, es ist aber immer noch schüchtern genug, wenn diese Leute 20—24 Jahre von einem Wind abhängig sind, welcher sie nach 4 Wochen auf die Straße wirft. Die Resolution des Reichstages, daß die Assistenten früher angestellt und zu den Sekretärstellen zugelassen werden sollten, ist in den Papierkorb gerathen, trotzdem die Assistenten die Arbeit der Postsekretäre verrichten. Die Unterbeamten klagen, daß ihr Wohnungsgeld-Zuschuß nicht hoch genug ist; die Reichspostbeamten stehen in dieser Beziehung zurück hinter den badischen Beamten.

Die Post-Assistenten sollen sich nicht verheirathen, bis sie eine feste Stellung haben; diese erlangen sie aber erst nach 21 Jahren; verheirathen sie sich trotzdem, so müssen sie einen Reders unterschreiben, daß sie auf Unterstufungen aus der Unterstufungsklasse verzichten.

Befonders schlimm sind die Postkassen daran; sie unterliegen dem Disziplinargesetz, bekommen aber, z. B. in Berlin, im ersten halben Jahrzehnt 2,25 M.; d. h. noch nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn. (Hört, hört! links.) Nach 5 Jahren bekommen sie 2,50 M., nach weiteren 5 Jahren 2,75 M. Man klagt über die schlechte Bezahlung der Omnibus- und Pferdebahn-Kutscher, aber die Postkassen sind noch viel schlechter daran. Die Verleihung von Ehrenspitzen und Ehrenkränzen wird die Leute kalt lassen; sie würden eine geregelte Altersversorgung vorziehen. Die Postkassen sind nicht pensionsberechtigt, sondern sie haben nur ein Anrecht auf ein Almosen, das sogenannte Ruhegehalt, und dieses beträgt pro Kopf 121 M. jährlich. Wenn so ein Postillon mit der Peitsche knallt und in sein Horn bläst, wie der Postillon von Conjeumeau, dann mag er glücklich sein.

Daß es im Reich des Herrn v. Stephan nicht so blühend steht, wie man annimmt, zeigt ein Blick auf das Sparwesen. Es besteht eine Lebensversicherung, auf Grund welcher 17 1/2 pSt. der Prämien von der Postverwaltung gezahlt werden. Wer aber in einer solche Lebensversicherung gehen will, muß eine bestimmte Position haben und die Unterbeamten sind nicht in der Lage von diesem Recht Gebrauch zu machen. Das Jahr 1893/94 weist eine Zunahme von 2000 Unterbeamten auf. Die Zunahme der Versicherungen beträgt aber nur 156. Die Spar- und Vorschußvereine hatten 1893 100 893 Mitglieder. Es wurden an 83 750 Inhaber fünf Millionen Mark Vorschüsse bewilligt und Einlagen wurden 6 1/2 Millionen gemacht, aber zum erheblichen Theile von höheren Beamten, welche 4,7 pSt. Zinsen erhalten, also mehr als bei jeder anderen Sparkasse. Sozialpolitisch ist nun sehr charakteristisch, daß die Klassen von ihren Mitgliedern 5—6 pSt. Zinsen nehmen. Heißt das die wirtschaftlich Schwachen stützen? So hohe Zinsen entsprechen nicht der Tendenz des praktischen Christenthums. Und wie verhält sich damit, daß höhere Postbeamten Darlehne zu 4 1/2 pSt. erhalten. Die Namen der Grundstücksbesitzer, welche vom Verein Hypotheken erhalten, sind aus dem letzten Jahresbericht ganz und gar verschwunden.

Es muß auch dafür gesorgt werden, daß den Leuten leichtere Kleidung gegeben wird, und man sollte soweit gehen, daß man ihnen das Schuhzeug liefert. Bei diesen Ueberflüssen müßte das doch möglich sein. Charakteristisch für die sozialen Zustände der Unterbeamten ist auch die große Zahl der Unterstufungen; im ganzen haben 62 000 Postbeamte resp. deren Familien Unterstufungen erhalten.

Auch auf dem Gebiete der Sonntagsruhe würde noch manches zu erreichen sein; auf der Generalkonferenz der evangelischen Landeskirchen im Jahre 1894 hat der Superintendent König aus Witten in Westfalen festgestellt, daß die Briefträger bis zu den Debatten im Reichstage nur immer den siebenten Sonntag frei gehabt haben. Viele Postämter konnten an Sonntagen geschlossen werden, da nur ein paar Post-

verkauft dort verkauft werden. Auch die Regelung der Arbeitszeit läßt sich noch wünschen, trotz der vielen und wohlgemeinten Versicherungen der Reichspostverwaltung. Am Postamt 41 haben die Unterbeamten in der Woche 71 Stunden zu arbeiten gehabt und bei den Postämtern zweiter und dritter Klasse ist dieses Durchschnittsmaß noch weiter überschritten. 6 1/2 Stunden beträgt in Dresden die Arbeitszeit bei den höheren Beamten und 13 1/2 Stunden die der Unterbeamten täglich.

Einer besonderen Erwähnung verdient noch das System der Strafgeelder. Ganz besonders lebhaft Klagen kommen in dieser Beziehung vom Postamt 2 in Leipzig. Während der frühere Vorsteher dieses Amtes ein sehr humaner Mann war, hat der jetzige Vorsteher Strafen erhoben in einer Höhe, die diejenigen aller anderen Postämter zusammen überschreiten. Vom Januar bis April hatte der alte Vorsteher 60 M., der neue 362 M. Strafgeelder. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und aus welchen Gründen werden diese Strafen verhängt? Ein Unterbeamter ist mit 1,50 M. bestraft worden, weil er, der Zivilwärter war, den Postdirektor nicht vorchriftsmäßig militärisch begrüßt hatte. Eine Anzahl Beamter ist bestraft worden, weil sie an ihren dunklen Hosen keine Hosen hatten. Vor einiger Zeit ist den Beamten, die Nachdienst haben, das Kaffeekochen verboten worden.

Die Klagen der Postbeamten erstrecken sich auch auf die Organisation der Postassistenten. Bayern hat eine Organisation auch von Unterbeamten. Bei uns sieht man Organisationen weder in Staatswerkstätten, noch im Reichsdienst, noch in Privatbetrieben gern. Die Politik des Herrn von Stumm greift ja immer weiter um sich. Auf dem Bahnpostamt 29 hier, wurden die Leute gefragt: ob sie dem Verbandsangehörigen, von wem sie das Verbandsorgan bekämen und wer sie zum Beitritt aufgefordert hätte... Was geht das die Reichspostverwaltung an. Sie sollte die Leute ihrer Zufolge gemäß doch ungeschoren lassen. In vier Monaten sind nicht weniger als 16 Verbandsmitglieder verhaftet worden.

Die soziale Lage der Posthilfsboten wird Ihnen am leichtesten bekannt werden, wenn Sie die Gerichtsberichte der Zeitungen verfolgen und damit vergleichen die Ziffern, die wir anilich haben über die Bezahlung dieser Leute. Das bei der schlechten Bezahlung und den hohen Ansprüchen und der Ueberarbeitung Uebergriffe und Unterschlagungen vorkommen, das ist sozialwirtschaftlich sehr leicht zu verstehen, und die Richter verstehen es auch, denn sie billigen durchweg den Postunterbeamten mildere Umstände zu. Ein Postgehilfe Dietz in Hamburg, der 2,50 M. Tagelohn erhielt, unterschlug 68 M., um sich Möbel für seine Verheiratung zu kaufen. Der als Junge vernommene Postdirektor erklärte, Dietz habe an Großemwahn gekennet, denn er habe sich Schiller's Werke angeschafft. (Weiterkeit.) Die Richter wissen ganz genau, wie es mit den sozialen Verhältnissen der Postunterbeamten bestellt ist. Was die Behandlung der Postunterbeamten betrifft, so will ich heute nur an den berühmten Abtrittsenfer-Überraschung erinnern. Das auch Vogelt von der Postverwaltung verhandelt wird, ist ebenfalls bekannt, nur weiß ich nicht, wo in irgend einem Gesetz steht, daß die Postverwaltung den Beamten verbieten dürfe, in einer bestimmten Kneipe zu verkehren. Komens meiner Fraktion habe ich noch einen Vorschlag zu machen. Wir haben 7420 Postagenturen, darunter 6961 mit Telegraphenbetrieb. Die Ansprüche an die Postagenturen wachsen immer mehr, und es müssen immer mehr Postagenturen in Postämter dritter Klasse umgewandelt werden. Die Ansprüche sind besonders durch das Wachsen des Verkehrs, durch die Versicherungs-Gesetzgebung und die Aufstellung von Statistiken gestiegen. Die Postagenturen, welche 600-750 M. Entschädigung bekommen, sind diesen Ansprüchen nicht mehr gewachsen, sie müssen unter Jubiläum ihrer Familienmitglieder stets auf dem Posten sein. Man sollte nun die Leitung der Postagenturen den Post-Unterbeamten übertragen unter Erhöhung ihres Gehalts; es würde ihnen dadurch Gelegenheit geboten, aus ihrem eintönigen Unterbeamten-Dienst einmal herauszukommen. Es müßte ihnen Jahr für Jahr eine Anzahl Postagenturen übertragen werden, namentlich solchen Unterbeamten, die mit den Leuten des betreffenden Bezirks bekannt und mit den Verhältnissen vertraut sind. Dadurch würde sich die Postverwaltung mehrfach ein Verdienst erwerben, um den Betrieb selbst, der besser werden würde, um die Konsumenten der Post, das Publikum, das jetzt über die Agenturen zu klagen hat, und um die Unterbeamten, die einmal aus ihrer Misere herauskämen und eine Staffel höher stiegen. Auch die Pensionssummen würden nicht so ungeheuer wachsen, wenn die Leute nicht bis zum äußersten Maße ausgenutzt würden, sondern rechtzeitig einen geeigneten Posten bekämen. Von 1872 bis 1894/95 ist der Pensionsfonds von 1 900 000 Mark auf 9 670 000 Mark, also um 422 Prozent gestiegen. Die Anstrengungen im Postdienst sind größer als in anderen Zweigen des Reichsdienstes. Die sozialen Zustände der Postbeamten sind in einer sehr lehrreichen Broschüre von dem früheren Postbeamten Dietz geschildert worden.

Der Reichstag muß dahin wirken, daß die Lage der Unter- und Subalternbeamten verbessert wird, daß die 140 000 Leute, welche die Postverwaltung beschäftigt — nicht Krupp, nicht Stumm beschäftigen annähernd eine solche Zahl — angemessener bezahlt, angemessener behandelt werden und daß ihnen die nötige Bewegungsfreiheit gewährt wird. Wenn die Ursachen der Unzufriedenheit der Leute nicht beseitigt werden, dann werden wir den Vortheil davon ziehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Direktor im Reichs-Postamt Fischer: Wenn ich alle Ausführungen der beiden Vorredner widerlegen wollte, würde ich dazu sechs Stunden brauchen. Denn es ist leichter, Behauptungen aufzustellen als sie nachher richtig zu stellen. Die Punkte, auf die ich nicht eingehe, sollen aber nicht als von mir zugehört gelten. Ich habe ganz bestimmt zu widersprechen dem, was Herr Schoenlant als Prinzip der Sozialpolitik der Postverwaltung erkannt zu haben glaubt, nämlich von schlechter bezahlten Beamten die Arbeiten der besser bezahlten Beamten leisten zu lassen. Der Vorredner schließt wohl auch aus sehr unzuverlässigen Quellen. Namentlich sollte er sich den Zuschriften von Beamten gegenüber etwas vorsichtiger verhalten. Ich bin nicht in der Lage, über Dienststunden jedes einzelnen Postunterbeamten zu urtheilen. Ich widerspreche also generaliter allen Ausführungen dieser Art. Das Ziel der Verwaltung geht dahin, alle Beamten nach Recht und Gerechtigkeit zu behandeln, keinen zu bevorzugen oder zu benachteiligen. (Beifall rechts.) Herr Förster hat zur Sprache gebracht, daß den Militäranwärtern nicht die richtige Vergütung gewährt sei. Es handelte sich darum, daß wir die informativische Beschäftigung mit der Probebeschäftigung verbunden. Während der ersten informativischen Beschäftigung beziehen die Militäranwärter nur ihr Traktament oder ihre Pension. Wir haben ihnen von Anfang an eine Beihilfe gewährt; daneben hatten sie ihre militärischen Bezüge und ihre Pensionen, sie standen sich dabei viel besser als bei dem System, zu dem wir jetzt zu unserem Bedauern überzugehen gezwungen sind; denn die Pension fällt nunmehr weg. Herr Schoenlant meint, daß die Zahl der etatsmäßig angestellten Post-Unterbeamten verhältnismäßig geringer geworden sei. Die Zahl der etatsmäßigen Beamten bedeckte sich früher nicht mit der Zahl der etatsmäßigen Stellen. Von Stellen waren in der Zeit, auf welche sich Herr Schoenlant bezieht, noch nicht ein Drittel der Zahl mit etatsmäßigen Beamten besetzt; das ist vom jetzigen Herrn Staatssekretär abgeändert worden. Die Zahl der etatsmäßigen Stellen ist um 18 000 vermehrt worden. Das ist doch kein Zeichen einer Stagnation auf dem Gebiet der sozialpolitischen Verbesserung der Lage der Beamten. 1891 waren von den vollbeschäftigten Unterbeamten 68 pCt. etatsmäßig angestellt; jetzt sind es 68 pCt. Das ist ein Fortschritt, der uns noch nicht voll befriedigt; ich hoffe aber in

einigen Jahren wieder einen solchen Fortschritt konstatieren zu können. Mit allgemeinen Demonstrationen, mit dem Versuch, die einzelnen Klassen gegen einander zu hegen, kommt man nicht weiter. Wir haben ein Verständnis für die soziale Lage bewiesen. Wenn es die Herren (zu den Sozialdemokraten) nicht befriedigt, so haben sie eben andere Anschauungen. Wir haben auch die Meinung, daß die auf Kündigung angestellten Beamten sich in sicheren Stellen befinden; denn die Entlassung eines Unterbeamten geschieht nicht, ohne daß eine genaue Untersuchung unter Beistand des Rechtsverhängigen in aller Unabhängigkeit stattfindet. Die Verleihung der lebenslänglichen Anstellung hat lange nicht solche Bedeutung, welche Herr Schoenlant ihr zuweist.

Die Unterbeamten heirathen auch vor ihrer lebenslänglichen Anstellung. Was wir nicht gern sehen, ist, daß junge Leute von 20 Jahren, die hinter den Ohren noch nicht trocken geworden sind, sich von irgend einem Frauenzimmer einsaugen lassen und verheirathen. Wie soll das enden bei einem so jungen Menschen? Wie ist es da nicht im Interesse einer richtigen Sozialpolitik, wenn wir da die jungen Leute abmahnen? (Zustimmung rechts.)

Das Bild, welches Herr Schoenlant von den Postillonen entworfen hat, ist nicht zutreffend. Wenn ein junger Mensch in Berlin 2,25 M. täglich bekommt neben freier Kleidung und Frei-quartier, so ist das kein abler Anfang. Sie werden auch schon nach 3 Jahren fest angestellt und wenn sie vorher durch Krankheit ausscheiden müssen, so erhalten sie Renten weit über das Unfallgesetz hinaus.

Das Herr Schoenlant die Wohlfahrts-Einrichtungen der Post nicht billigt, begreife ich von seinem Standpunkt aus. Aber unrichtig ist es, daß die schlechter bezahlten Beamten dabei benachteiligt würden. Als noch kein Unterbeamter Pensionsberechtigung hatte, hat die Post durch Lebensversicherungen für ihre Beamten gesorgt. Wenn das jetzt nicht mehr in demselben Maße wie früher geschieht, so liegt es daran, daß die Unterbeamten jetzt pensionsberechtigt sind. Trotzdem macht immerhin noch eine erhebliche Zahl von Beamten davon Gebrauch. Die Postspark- und Vorsparvereine haben jetzt ein Kapital von zusammen 27 Millionen Mark zusammengebracht. Der Sparbetrag ist auf 1000 M. und manchmal noch weniger begrenzt. Große Kapitalien können also von einem Einzelnen nicht angelegt werden. Die Vereine sind nur für die Fälle der Noth bestimmt und diesen Vereinen ist es mit zu danken, daß die Kriminalstatistik der Reichs-Postverwaltung von Jahr zu Jahr eine günstigere wird. (Hört, hört! rechts.) Im Jahre 1871 fiel auf 171 Köpfe ein Kriminalfall, jetzt fällt er auf 400 Beamte (Hört, hört! rechts), das ist ein besserer Beweis als die Ausführung einer Reihe von Einzelfällen.

Bezüglich der Dienststunden halte ich die Ausführungen des Vorredners für unrichtig, so weit ich sie nach den mir bekannten Thatsachen beurtheilen kann. Wir werden den Sachen nachforschen, aber es werden wahrscheinlich dem Vorredner falsche Darstellungen hinterbracht sein. Der Vorredner hat einen positiven Vorschlag gemacht, die Postagenturen sollen in Postämter verwandelt und mit Post-Unterbeamten besetzt werden. Die Postagenturen sitzen in ihrem eigenen Hause; sie sind Förster, pensionirte Gendarmen, Lehrer u. s. w., kurz, sie haben einen gewissen Zustand. (Weiterkeit.) Glaubt man, daß ein Mann, der hier in Berlin Geldbriefe bestellt hat, nach Mecklenburg oder sonst wohin ins Ausland geht? In meinem Bedauern kann ich also den ersten positiven Vorschlag des Vorredners nicht als praktisch und ausführbar anerkennen. (Weiterkeit.)

Darum wird nach einigen persönlichen Bemerkungen gegen 6 Uhr die weitere Debatte auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 11. März, 11 Uhr.

Am Regierungstische: Riquel.
In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf, betreffend die von der Umgestaltung der Kassen im Bereich der Verwaltung der direkten Steuern betroffenen Beamten, ohne Debatte angenommen.

Die Beratung des Staatshaushalts-Etats für 1895/96 wird beim Etat der direkten Steuern fortgesetzt.

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer, 121 400 000 M., werden nach einer langen, für unsere Leser minderwichtigen Debatte bewilligt. Ebenso die Einnahmen des Titels: „Ergänzungsteuer 55 000 000 M.“

Bei den dauernden Ausgaben weist Abg. Wegner (3.) auf die Zeitungsnachricht hin, daß die Frage erwogen werde, ob nicht aus Sparamleitgründen eine umfangreichere Eingeziehung der Kreisassen vorzunehmen sei, als erst beabsichtigt gewesen sei. Wenn die Kreisassen wegen der Umgestaltung der Steuerverwaltung überflüssig seien, so könne man ihnen ganz gut andere Aufgaben zuweisen, u. a. auch die Verwaltung der Lotteriangelegenheiten.

Geheimrath Wallach: Es schweben über die Umwandlung des gesammten Kassenwesens Verhandlungen, die aber noch nicht abgeschlossen sind.

Bei den Ausgaben für die Veranlagung der Gewerbesteuer bemerkt

Minister Riquel: Eine zweckmäßige Umgestaltung der Gewerbesteuer in den Kommunen für kommunale Zwecke wird unerlässlich sein, wenn die Gemeinden aus bisher noch keinem Gebrauch davon gemacht haben. In Berlin beabsichtigt man eine solche Umgestaltung, die auch erforderlich sein dürfte, weil durch die Aufhebung der Mietsteuer einzelne Steuerbegünstigungen, wie für Theater u., eingetreten sind, die nicht bestehen bleiben können.

Die dauernden Ausgaben werden bewilligt; desgleichen ohne Debatte die einmaligen Ausgaben.

Es folgt der Etat der indirekten Steuern, der ebenfalls bewilligt wird.

Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Etat der Anstellungskommission, des Finanzministeriums, der Staatsschuldenverwaltung, der allgemeinen Finanzverwaltung, Etatgesetz.)

Tokales.

Das neue Einschulungs-Verfahren, das die städtische Schuldeputation durch Erlaß vom 25. Januar et. festgesetzt hat, hat nicht die Zustimmung der Schulkommissions-Vorsteher gefunden. Die Aenderung gegen früher besteht hauptsächlich darin, daß die schulpflichtig werdenden und die schon schulpflichtigen, aber die Wohnung wechselnden Kinder künftig von den Kommissionen aufgenommen werden sollen, ohne wie bisher sofort an die Schule ihres Bezirkes gemeldet zu werden. Die Vertheilung auf die verschiedenen Schulen soll vielmehr auf Grund der einzureichenden Listen nach einem einheitlichen Plan und nach Maßgabe des vorhandenen Platzes erfolgen. Die Schuldeputation hofft schon dadurch die Ueberfüllung, die bisher zu Anfang jedes Semesters an einzelnen Schulen besonders stark auftrat, und die Umschulungen, die dann in vermehrter Weise nötig wurden, wesentlich zu vermindern. Die Schulkommissions-Vorsteher haben sich nun in ihrer Februar-Versammlung, wie aus dem jetzt veröffentlichten Protokoll ersichtlich ist, darüber beklagt, daß bei Feststellung des neuen Verfahrens kein einziger Vorsteher zugezogen worden sei. Es werde ihnen dadurch noch mehr Mühe und Arbeit aufgebürdet, es sei aber unzulässig, über unbefohlene Beamte und deren Zeit so willkürlich zu verfügen. Schließlich wurde der von der 82. Kommission eingebrachte Antrag, die Versammlung wolle einstimmig ablehnen, nach dem neuen Modus zu

arbeiten“ mit „anhaltendem Beifall“, wie das Protokoll hinzusetzt, begrüßt und nach sehr lebhafter Debatte fast einstimmig angenommen. Das heißt: die Schulkommissions-Vorsteher freieren! Das „Rückgrat“ der städtischen Verwaltung“, wie der Stadtverordnete Spinola die unbefohlenen Kommunalbeamten in der Debatte über die Steuerreform nannte, hat also richtig einen Knack bekommen. Herr Spinola schien schon damals auf etwas Reckliches anzuspielen. Er meinte, den Hauptmann der unbefohlenen Kommunalbeamten bildeten die Hausbesitzer, deshalb sei schon aus kommunalpolitischen Gründen davon abzurathen, den Hausbesitzern zu viele Steuerlasten aufzubürden (d. h. ihnen die Kanalisations-„Niebesgabe“, die sie bisher hatten einstecken dürfen, zu nehmen). Wollte er sagen, die Hausbesitzer könnten sonst rebellisch werden und streiken? Es ist nicht unmöglich, daß hinter dem Protest gegen das neue Einschulungs-Verfahren thätlich der Grimm des erbitterten Hausagrariers thums steckt. Genau denselben Tanz wollte ein Theil der unbefohlenen Kommunalbeamten ja schon im vorigen Sommer aus einem anderen Grunde aufführen. Als Klingel-Volle, der Fromme, den einträglichen Vorzug erhielt, die perilsirte Armenmilch, nach der dann verschiedene Armen übel wurde, allein zu liefern, da traten die anderen Milchhändler Berlin zusammen und erklärten, kein städtisches Ehrenamt mehr annehmen zu wollen, wenn Volle den Verdienst weiter allein einstecken dürfe. Bekanntlich wurde die Sache dann rückgängig gemacht und dem frommen Volle das Monopol wieder abgenommen, — mit welcher Begründung, ist übrigens niemals in die Oeffentlichkeit gedrungen. Rechnen die Hausbesitzer bei dem Streik der Schulkommissions-Vorsteher auf gleichen Erfolg?

Unter dem Zeichen der Umsturzvorlage macht auch das glaubensfeste Centrum in Berlin schlechte Geschäfte. Man koste durch den jetzt außerordentlich beliebten Ruf „Gegen den Umsturz“, Stimmung bei den katholischen Arbeitern zu machen und hat sich dabei sehr löse verrednet. Am Sonntag Nachmittag fand im Grand Hotel, Alexanderplatz, eine polnische Volksversammlung statt, die an einem bedenklichen Mangel litt: Das Volk, was bestimmt war Staffage zu bilden, fehlte gänzlich. Darob großes Gezeret bei Adel und Oeffentlichkeit, die so schöne Worte für die Arbeiter in petto hatten. Zweck der Versammlung sollte sein, wie der Vorsitzende seinen drei Tugend Zuhörern erzählte, die Hebung des polnisch-katholischen Arbeitervereins, der angeht, dessen, daß die Sozialdemokratie den Polen mehr und mehr das Nationalitätsbewußtsein aus dem Herzen reiße, doppelt nothwendig sei. Von dem sozialdemokratischen Gift redete der Abg. Glembody ein Langes und Breites. Er hat die Zuvorsicht — angeht, des großen leeren Namens wirklich bewundernswürth — daß die Sozialdemokratie an dem Volkthum des Glaubens doch noch zerfallen werde. Der fromme Mann bewies dann noch, eigentlich ziemlich überflüssigerweise, die Arbeiterfeindlichkeit dieser „gefährlichen Partei“. Auch der Reichstags-Abgeordnete Graf Kwidetz ließ seine Weisheit vor dem Bruder Arbeiter leuchten. Das beste Gegengift gegen die sozialdemokratischen Schriften sind nach ihm — die Heiligenlegenden! Ungläubige Gesichter machten auch die paar Gläubigen, als der hochgeborene Herr Graf diesen tief sinnigen Reden stand auch der Vorsitzende mit seiner vorzesslichen Geschäftsordnung; er eröffnete die freie Diskussion mit dem Bemerken, daß jedem Redner, der nicht den polnisch-katholischen Standpunkt vertritt, sofort das Wort entzogen würde. Das verblühte auch die Gläubigen derart, daß niemand von ihnen das Wort nahm. So verlief die Geschichte resultatlos.

Wenn die Centrumsrößen das Bedürfnis haben, ihr gesunkenes Prestige durch solche „Volksversammlungen“ neu zu beleben, so kann man ihnen das Vergnügen schon gönnen. Die 40 000 polnischen Arbeiter, die Berlin beherbergt, kommen mit Sicherheit zur Sozialdemokratie. So will es die Logik der Thatsachen.

Alte Herren sind doch eine recht gesuchte Waare. In der „Vossischen Zeitung“ werden wieder einige verlangt. Die Suchenden sind junge Damen, die, wenn man ihren Versicherungen trauen darf, über eine hübsche Erscheinung, eine schöne Figur, ein angenehmes Aeußere u. s. w. verfügen. Die alten Herren brauchen gegenüber so vielen Vorzügen nicht weiter mitzubringen als ein klein bißel viel Geld. Da sage noch einer, daß die Mädels heutzutage anpruchsvoll sind! Ebenso wenig könnte man das von der Expedition der „Voss. Ztg.“ sagen, die, wie kürzlich zu lesen war, keineswegs alles, was ihr als „Heirathsannoncen“ vorgelegt wird, für decent genug hält, um in die sauberen Spalten dieses gutbürgerlichen Blattes aufgenommen werden zu können. Die Annoncen junger Damen, die nach allen Herren verlangen, hält man bei der „Vossischen Zeitung“ wirklich und wahrhaftig für „Heirathsannoncen“! Mehr Anspruchlosigkeit kann man nicht verlangen. Andere Leute denken nun freilich etwas anders über die Ehe. Sie wissen, daß sie — abgesehen von dem geistigen Inhalt, mit dem idealere Personen diese Institution auch ohne den Segen eines Pastors und selbst eines Standesbeamten immer erfüllen werden, — auch gewisse natürliche Grundlagen hat. Selbst der keusche „Männerbund zur Bekämpfung der öffentlichen Sittenlosigkeit“ hält die Verwirklichung dieser Grundlagen zwar nicht für die Hauptsache, aber doch für, wenn man so sagen darf, verzeihlich; vielleicht in anbetrachtes reichlichen, oft allzureichlichen Kindersegen, den man besonders in Paphosfamilien findet. Wenn einer aber offen ausprüche, als was die Schwärmerei junger Damen für alte Herren, vom Standpunkte jener natürlichen Grundlagen aus betrachtet, erscheint, und welche Konsequenzen sich für die „Heiligkeit“ der Ehe, wenn eine solche überhaupt beabsichtigt ist, daraus ergeben können und müssen, — wir möchten das Geschrei nicht hören, das sich in der Presse erhebt. Pacht — stille doch — von so etwas spricht man doch nicht in anständiger Gesellschaft —?! — Aber thun darf man's!

Wo man auf der Strafe gehen und stehen soll, schreibt die Polizei für Berlin mit einer zum Theil wunderlichen Unständlichkeit vor. Personen, die nicht mit umfangreichen Paketen beschwert sind, haben zwar das Recht, sich auf den Bürgersteigen beliebig zu bewegen. Indes müssen sie reinlich und zweifelsohne aussehen. Leute, deren Kuzüge beim Anstreifen abfärben, wie Bäcker, Schornsteinfeger, Maurer und Müller werden auf den Straßendamm verwiesen. Dies wäre ja ganz in der Ordnung. Aber auch hier sollen sie nicht willkürlich einerschreiten, vielmehr die linke Seite benutzen, damit sie dem entgegenkommenden Fußwägen, das rechts fahren soll, hübsch ausweichen können. Der Wägen trägt, gehört gleichfalls auf die linke Seite des Fahrdammes: auf dem Bürgersteig verfallt er dem Arm des Schuhmannes. Auch das läßt sich hören. Stehenbleiben soll aber eigentlich niemand auf den Bürgersteigen. Verboten ist zwar nur das Zusammenstehen mehrerer Personen auf den Granitplatten der Bürgersteige, aber der Scherwamm kann auch von dort, wo keine Granitplatten sind, stehende Personen weiterbefördern, wenn sie ihm hinderlich erscheinen. Diese für das weibliche Geschlecht besonders harte Bestimmung tritt vor Schaufenstern, vor Markthallen und anderen Punkten ausgeführt werden, wo Frauen noch lange stehen bleiben, wenn sie auseinandergehen. Bezüglich der Trotschensucher besteht noch ein Ausnahmegesetz; sie dürfen auf den Bürgersteigen überhaupt nicht zusammenstehen. Sie sollen aber auch ihre Wägen nicht ohne Aufsicht lassen, ebensowenig sich auch im Innern der Droschken aufhalten. Ihnen bleiben also nur Bod und Fahrdamm zur Auswahl, je nachdem sie allein sein oder im Plenum berathen wollen. Endlich dürfen sich auch „geschlossene Gesellschaften“ nicht auf Bürgersteigen bewegen. Kann man sich nach solchen Polizeimaßregeln, mögen sie straff der weniger schneidig gehandhabt werden, noch wundern, daß

der Berliner Einwohner noch freier Bewegung verlangt und sich folgerichtig der Sozialdemokratie angeschlossen hat?

Die Influenza-Epidemie scheint in der Woche vom 24. Februar bis 2. März ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Während die Sterblichkeitsziffer schon in der Woche vorher von 5 auf 20 gestiegen war, ist dann weiter eine Zunahme eingetreten, welche den schlimmsten Zeiten der früheren Epidemien gleichkommt. Die statistischen Tabellen verzeichnen in dem fast ausschließlich Grippe umfassenden Rubrum „Andere Infektionskrankheiten“ für die Woche vom 24. Februar bis 2. März nicht weniger als 71 Todesfälle. Die Influenza hat also doch viel heftiger gewüthet, als es ansah schien.

Die neue Mundkrankheit. Geh. Rath Virchow hält die in der Friedrichstadt und der Halleschen Vorstadt auftretende epidemische Krankheit, die sich durch die Blasenbildung im Munde charakterisirt, für eine Uebertragung der Maul- und Klauenseuche auf den Menschen. Als Krankheitsüberträger dürfte die Milch anzusehen sein. Die heftige Ausbreitung der Krankheit unter den Menschen scheint unterstützt zu werden durch die allgemeinen miltlichen Gesundheitsverhältnisse, durch die die Menschen auch für diese Krankheit empfänglicher gemacht werden. Der Ausbruch der Krankheit erfolgt meist sehr plötzlich, aber nicht unmittelbar nach der Infektion, sondern in der Regel erst einige Tage später; so erkrankte der Direktor einer hiesigen Staatsanstalt, Dr. V., der vor der Halleschen Vorstadt wohnt und voraussichtlich hier infizirt war, erst nach mehrwöchiger Anwesenheit in Prag. Eigenhümlich ist es, daß schon Rückfälle der Krankheit beobachtet sind; Thiere, welche die Krankheit überstanden haben, besitzen bekanntlich ein bis zwei Jahre lang keine, oder doch nur geringe Disposition zu einer neuen Erkrankung. Bei der Kur ist diätisches Verhalten und Ruhe Hauptsache. Im übrigen genügen in den meisten Fällen desinfizirte Ausspülungen und solche mit Kamillenthee; zu vermeiden ist jedes rothe Anspinnen des Mundes, weil die Wundstellen dadurch leicht geschwürig werden. Im allgemeinen nimmt bisher die Krankheit einen gutartigen Verlauf.

Ein altes Projekt taucht mit dem neuen Frühling wieder auf. Es ist die schon im Vorjahre erörterte Verbindung zu Wasser zwischen Kottbuser Brücke und Zoologischem Garten, die für Personen auf Dampfmaschinen hergestellt werden soll, im vorigen Jahre aber die Genehmigung nicht erhielt. Ob die Unternehmer, die die Anlagestelle an die Ecke der Briherstraße und des Kottbuser Ufers bringen wollen, im Hinblick auf den vorhandenen Raum mehr Glück haben werden, muß noch dahingestellt bleiben.

Von den Interessenten am Koneprozeß, der nach Mittheilung einiger Blätter mit der Freisprechung des Angeklagten geendet haben soll, entwirft das „Kleine Journal“, das in dem begründeten Rufe steht, in dieser schmutzigen Angelegenheit von den Freunden des Angeklagten besonders gut bedient zu werden, das folgende Bild: „Die Hauptwurfsarbeit derer, die dem ihnen unerwünschten Ausgang mit febernder Sorge entgegensehen, hat sich nicht zum ersten Mal in dieser scheinbar wohlwollenden Manier gezeigt, bei der der Psefderbul nur allzu deutlich erkenntlich ist.“ — Eine wirklich saubere Gesellschaft, diese erklachten Kämpfer für Ordnung, Religion und Sitte aus höheren Regionen!

Die rechtlose Stellung der Bühnengestellten. In dem unter dieser Ueberschrift in der Sonntagsnummer enthaltenen Heftchen ist dem Verfasser in bezug auf den Fall „Haveland“ ein Irrthum passiert. Die Angelegenheit spielte sich nicht mit der Direktion des „Festung-Theater“ ab, sondern mit der ehemaligen Direktion des „Berliner Theater“ unter Herrn Barnay; was wir hiermit gern berichtigen.

Der Umsturz im Verein Berliner Presse. Dieser Verein hat sich bekanntlich auch zu einer gegen die Umsturzvorlage gerichteten Resolution aufgeschwungen, die gegen eine geringe Minderheit angenommen wurde. Zur Strafe dafür ist der zweite Vorsitzende, Chefredakteur Pantenius, aus dem Verein ausgeschlossen.

Für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter sind bei der unterzeichneten Kommission von den Psefdenbrüdern aus Köpenick 20 M. eingegangen. Die Kommission der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter.

Der Stadtrath Isaac in Charlottenburg hat außer seinen städtischen Ehrenämtern auch den Vorsitz im Wahlverein der freisinnigen Volkspartei für den Wahlkreis Zeltow-Beestow-Storlow-Charlottenburg niedergelegt.

Die Hasenhaide dürfte demnächst wohl auch den letzten Anstrich eines volkstümlichen Vergnügungsortes verlieren. Das gefamte bewaldete Terrain mit Ausnahme des Turnplatzes ist nämlich seit kurzem aus dem Besitze des Eisenbahnstaats an mehrere Baupekulanten übergegangen. Selbstverständlich werden damit die jetzigen Sommerlokale sämmtlich eingehen müssen. Die einzige Schwierigkeit, welche dem Projekt noch entgegensteht, ist das Fehlen eines Entwässerungskanaals auf jener Straßenfront. Da die Stadt Berlin die Begung eines Kanals abgelehnt hat, haben sich die Unternehmer jetzt an die benachbarte Gemeinde Nizdorf gewandt und ersucht, ihr Terrain an die Nizdorfer Schwemmanalstation anschließen zu dürfen. Die Gemeindevertretung ist nicht abgeneigt, dem Gesuche zu entsprechen und hat daher die Angelegenheit einer Kommission überwiesen.

„Mühselig und nach Vorschrift“ hat in der Nacht zum Montag die Mondfinsternis stattgefunden; der Zuschauerkreis war jedoch in Rücksicht auf die späte Nachtstunde, zu welcher der Beginn des Schauspiel angefangen war, ziemlich klein. Frau Luna wurde zwar einige Male durch Wolken bedeckt, doch im allgemeinen blieb sie sichtbar. Um 2 Uhr 54 Minuten begann die Verfinsternung, der Mond entschwand langsam den Augen der Zuschauer, und erst als er drei Viertel im Kernschatten der Erde stand, wurde der Trabant derselben anfänglich schwach und dann hervortretend immer mehr sichtbar, bis er um 3 Uhr 52 Minuten bei Beginn der Totalität der Finsternis in prächtiger purpurner Färbung am Himmel prangte. Der Schluß des Schauspiel, der um 6 Uhr 24 Minuten dadurch eintrat, daß der Mond aus dem Schatten vollkommen heraustrat, erfolgte kurz vor dem Niedergang des Himmelkörpers.

Im Passage-Vanoptikum tritt in den Ausstellungen der Gitanos ein Programmwechsel ein. Neben den Tänzen, wie Flamenco, Bolero, Sevillana, die werden spanische Lieber erassen und heiteren Inhalts, und zum Schluß ein Stiergefecht, von echten Lorreros und Picadores ausgeführt, das Programm einer jeden Vorstellung bereichernd. Auch findet von jetzt an um 12 Uhr eine Vorstellung statt.

Der Direktor Fregin von der Berliner Kreditbank, gegen welchen schon seit einiger Zeit ein Strafverfahren wegen Buchens schwebt, ist, wie uns gemeldet wird, gestern in gerichtliche Haft genommen worden. Die von ihm vertretene Bank war, wie seiner Zeit im Bucherprozeß Treuhber zur Sprache kam, mit Dr. in engem geschäftlichen Verkehr.

Selbstmord verübt hat auf dem Bahnhose Schönhauser Allee ein Mann, der nach mitgeführten Papieren Hugo Behrendt heißt und in Neu-Wehensee gewohnt hat. Ein Berliner Schneidermeister fand ihn am Sonntag Nachmittag um 5 Uhr an einem entlegenen Orte erhängt auf. Die Leiche wurde von Eisenbahnarbeitern abgenommen. Genaueres ist über den Vorgang noch nicht zu ermitteln gewesen.

Zahlreiche Wechselfällungen und andere Schwindelereien hat der in Brich wohnhafte Malermeister Brodzzeit ausgeführt. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde B. am Sonntagabend verhaftet und in das Untersuchungsgefängniß zu Moabit eingeliefert.

Die Gebrüder Castan dementiren die Reporternachricht, daß der Restaurateur des Passage-Vanoptikums ihr Stabliement verlassen werde. Es scheint, daß der Sittlichkeitsverbrecher Castan immer noch auf freiem Fuße ist.

Eine scheinliche Kindesmifshandlung beschäftigt gegenwärtig, wie schon kurz berichtet, die Straßbehörde. Am 20. Februar starb in dem Kinderkrankenhanse in der Reinoldendorferstraße der 2 1/2 Jahre alte Otto Thies. Der Verdacht richtete sich gegen die Eltern, die den Knaben gemifshandelt hatten. Die Leichenöffnung hat ergeben, daß der Tod durch Hochdeuteleitung, die sich auf die Lunge übertragen hatte, erfolgt ist. Die Krankheit konnte durch Schläge mit einem Stock hervorgerufen sein. Nach Aussage von Hausbewohnern ist das Kind vom Vater oft geschlagen worden. Dieser ist denn auch verhaftet worden.

Vergiftungsversuch. Unter dem Verdacht, versucht zu haben, eine ihr unbecuene Feigin zu vergiften, ist die Kutshersfrau W. verhaftet worden. Ein Friseur K. war in einer Novembernacht v. J. von einer Frauenperson in eine Kellerruuhung der Steinmehstraße verschleppt worden, wo ihm die Geldtasche mit einem größeren Geldbetroge abhandelt kam. Die Wohnungsinhaberin, eine gewisse S., gab nun an, daß sie sich in der fraglichen Nacht nicht zu Hause aufgehalten habe. Als muthmaßliche Diebin nannte sie eine Kutshersfrau W., die sich öfter widerrechtlich in den Räumen aufhalte, zu denen sie sich einen Schlüssel hatte anfertigen lassen. Am 4. d. M. kaufte die S. Milch, die sie zwei Tage unangerührt zu Hause stehen ließ. In dieser Zeit erhielt sie den Besuch der W., empfing aber niemand anders. Als die S. am 6. d. M. von der Milch genos, fiel ihr ein feisenartiger Geschmack auf, und großes Unbehagen stellte sich in der Folge bei ihr ein. Ein Arzt meinte, die Milch sei vergiftet, und die Polizei nahm deswegen Veranlassung, die Flüssigkeit chemisch untersuchen zu lassen. Da nun die S. die W. als muthmaßliche Giftmischerin bezeichnete, um eine unbecuene Feigin in der Diebstahlsache zu beseitigen, so ist die Kutshersfrau verhaftet worden.

Von einem Bierwagen der Schüller'schen Brauerei zu Brandenburg a. N. wurde am Montag Nachmittag um 5 Uhr an der Elisabeth- und Bismarckstraßen-Ecke ein sechsjähriger Knabe überfahren. Das schwerverletzte Kind wurde in ein Krankenhaus befördert.

Polizeibericht. Am 9. d. M. wurde auf dem Boden eines Hauses in der Bernauerstraße ein Schankwirth und am 10. d. M. auf dem Abort des Ringbahnhofes in der Schönhauser Allee ein Drehschiller erhängt vorgefunden. — An der Ecke der Invaliden- und Brunnenstraße wurde ein fünfjähriger Knabe durch eine Droschke überfahren. — Am 9. und 10. d. M. fanden sechs unbedeutende Verände statt.

Witterungsübersicht vom 11. März 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (0° C. = 32° F.)
Swinemünde	754	SSO	3	halb bedekt	-1
Hamburg	753	SSO	1	Rebel	2
Berlin	753	SSO	2	heiter	2
Biesbaden	753	SSO	1	wolkig	2
München	753	S	2	bedekt	4
Wien	757	O	1	bedekt	-0
Saparanda	766	Still	—	Schnee	-19
Petersburg	—	—	—	—	—
Cort	750	W	2	halb bedekt	4
Aberdin	750	WNO	5	bedekt	2
Paris	752	NO	1	Rebel	0

Wetter-Prognose für Dienstag, 12. März 1895. Milderes, zeitweise heiteres, vielfach wolkiges Wetter mit schwachen südlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Theater.

Im Alexanderplatz-Theater ging am Sonntag eine der älteren Poffen der Kompagniefirma Jacobson u. Willen in Szene. Durchgegangene Weiber heißt das Fabrikat. Es ist ein jener leichtgebauten Verwechslungsfstücke, deren Wirksamkeit wesentlich von dem Rollen Spiel der Künstler bedingt ist, und an denen die Soubrette alles reiten oder auch alles verderben kann. Ueber der Sonntagsvorstellung, die natürlich vor überfülltem Hause vor sich ging, schwebte ein glücklicher Stern in Gestalt der vorgeblich von Anna Schramm neidlos gebenedeiten Künstlerin Jenny Schmidt. Ihr feuriges Temperament, wie ihr reinstes sächsisches Deutsch, halfen der Poffe über so manche Lede behende hinweg, und an dem Erfolg, den das Stück bei seiner Wiederauführung errungen, gebührt dieser modernen Künstlerin unbestritten der wohlverdienteste Theil. Soll die zweite Person genannt werden, die Leben in die Poffe brachte, so tritt kein geringerer hervor als Herr Direktor Max Samst selber, der den unmöglichen Neugierthäpacher Fettweis mit großer Bravour gab. Von dem übrigen Personal waren die Herren Klinger, Steinreuth und Kämmerer, sowie die Damen Arco und Pögnor besonders tapfer auf dem Posten. Unrecht wäre es, wollten wir nicht auch der Damen des Ballets und vor allem einer ungenannten Serpentinänzerin gedenken, welche die anfängliche Leere des letzten Aktes mit Bravour und Grazie harmonisch ausfüllten. Der Kuriosität halber sei noch erwähnt, daß die Polizei an die Direktion das Verbot erlassen hat, Schulkleute in Uniform auftreten zu lassen. So erschien in der Poffe, deren drittes Bild ein Polizeibureau darstellt, der Wachtmeister im Gehrock, während die niederen Polizeibeamten mit einer Art grauer Fuchtsingsjacke angethan waren. O, Umsturz!

In der Vielseitigkeit kommt der Direktion Samst so leicht keine andere nach. An derselben Stätte, wo am Sonntag der neuere Poffentrdel hauste, wurde am Sonnabend eines der Meisterwerke der deutschen Literatur, Lessing's „Nathan der Weise“ aufgeführt. Das schöne Idyll der Toleranz und der Menschenverbrüderung wirkte auch in der bescheidenen Wiedergabe am Alexanderplatz-Theater, wie immer veröhndend und erhebend; und für Augenblicke mochte man auch hier vergessen, daß die Gegenwart, die gebietend den rücksichtslosen Kampf zwischen den Vertretern der absterbenden und der werdenden Welt fordert, gerade für ein Werk wie dieses in den sozialen Verhältnissen so wenig realen Boden bietet. Die Titelrolle wurde von einem modernen jungen Künstler, Herrn Ernst Gypstein, mit Würde und sinnigem Verständnis verkörpert; die Worte bedächtiger Weisheit und Weltersahrung stoffen aus seinem Munde gemessen und ohne vorbringliche Ueberhebung. Eine brave Leistung bot auch Herr Wesselsky als Tempelherr, edel und vornehm im Auftreten führte er seine schwere Rolle mit bestem Gelingen durch. Anerkennung ist ferner den Herren Steinreuth und Wagner zu zollen; von letzterem wurde der Derrwisch, von ersterem der Sultan mit sinnigem Bestreben, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, gespielt. Harmonisch fügten sich die Damen Bertrand und Arcon, denen die Vertöperung der Sittab und der Necha oblag, dem Ganzen an. Die Direktion Samst hat an diesem Abend bewiesen, daß es auch mit weniger reichen Mitteln möglich ist, einem unverwöhnten Publikum gutes zu bieten.

Gerichts-Beitung.

Eine amtliche Ausschreibung auf der Polizeiwache führte gestern den Schuhmann Wilhelm Hellmann aus Charlottenburg vor die zweite Strafkammer am Landgericht II unter der Anklage des Vergehens im Amte. Wie der Arbeiter Striegau aus Berlin angezeigt und wie derselbe vor Gericht ausgefagt hat, war er am Abend des 19. August in einen solchen Vorortzug zwischen Nauen und Berlin gestiegen, für welchen sein Billet nicht galt. Er wurde auf dem Bahnhose Zoologischer Garten angehalten und zum Charlottenburger Polizeibureau geführt. Dort hatte der Angeklagte Dienst als Telegraphist. Bei der Feststellung seiner Personallisten hat nun der Sillite geäußert: „Schreiben Sie meinen Namen richtig!“ und hat den Namen buchstabirt, worauf ihm der Angeklagte zwei Ohrfeigen gab, die ihm das Trommelfell verletzten und ihn zwangen, sich in klinische Behandlung zu geben. Der Zeuge will nur angeheitert gewesen sein, der Angeklagte behauptete, jener sei total betrunken gewesen und besittit die Mißhandlung. Da aber drei anwesende Schulkleute erklärten, während des Voralles fest geschlafen und nichts bemerkt zu haben und da der Belastungszeuge einen sehr günstigen Eindruck macht, so erkennt der Gerichtshof auf 50 M. Geldstrafe, obwohl der Staatsanwalt und Verteidiger Freisprechung beantragt hatten.

Der kürzlich wegen Buchens zu einem Jahre Gefängniß und einer Geldstrafe verurtheilte Restaurateur Broh hat gegen das Urtheil der 9. Strafkammer am Landgericht I Revision eingelegt und gleichzeitig den Antrag auf Entlassung aus der Haft gestellt. Während dieser Antrag früher abgelehnt wurde, hat er nunmehr Erfolg gehabt, denn es ist beschlossen worden, den Angeklagten gegen eine Kaution von 20 000 M. vorläufig aus der Haft zu entlassen.

Das Schwurgericht Teichen verurtheilte den Bauernagitor Peter Stojalowski wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ehre zu vier Jahren Gefängniß. In dieser Verurtheilung schreibt die „Germania“: Solche Urtheile sind auch Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie, die von der christlich-sozialen Partei mit einiger Aussicht auf Erfolg bekämpft wird. Staat und Staatskirchentum sind ihr gegenüber ohnmächtig. Liberalen Bourgeois fehlt freilich das Verständnis für diese Dinge, auch wenn sie auf einer Geschworenensbank sitzen. Bekanntlich ist dem Blatte Stojalowski's dieser Tage der päpstliche Segen zu Theil geworden.

Bewerkschaffliches.

Aufruf an sämmtliche Steinmeße und Steinarbeiter Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und Italiens. Kollegen und Genossen! Am 16. Februar wurde auf Antrag des profisichichtigen Steinmeßmeisters Hausmann und dessen Kampan Ceenger sämmtlichen Steinmeßgehilfen in ganz Budapest die Arbeit gefündigt. Die Zurückziehung der Kündigung wurde von der Unterfertigung einer Arbeitsordnung abhängig gemacht, welche für ein Zuchthaus zu schlecht wäre. Da aber unsere Budapestter Kollegen diese Arbeitsordnung nicht unterschrieben haben, sind sie am 2. März, theilweise aber am 4. März entlassen worden. Durch diesen gemeinen Gewaltstreich sind 352 Kollegen broitlos gemacht und ins Elend gestosen worden. Durch die Niederträchtigkeit der Steinmeßmeister leiden 700 familienangehörige Frauen und Kinder, also zusammen 1200 Personen. Wir appelliren daher an die Solidarität sämmtlicher Arbeiter und Kollegen.

Der Geist unserer ausgesperrten Kollegen ist ein ausgezeichnet und wenn wir die nöthige Unterstützung erhalten, dann ist der Sieg unser, trotzdem sich die profisichichtigen Meister gegen uns verschworen haben.

Wie wir erfahren, haben diese Nummerfanten gegenseitig sich Aneckerle aufgestellt, wonach jeder, der den Beschluß früher bricht und seine Arbeiter beschäftigt, als Strafe 1000 fl. zu zahlen verpflichtet ist. Man hat gegen die Arbeiter eine Verschönerung angezettelt, welche jeden anderen ins Zuchthaus bringen würde, diese Ausbeuter aber bleiben ungestrast. Wir haben daher einen schweren Kampf, und es ist notwendig, daß uns die gesammte Arbeiterschaft unterstütze. Wenn wir siegen, so ist dies ein Sieg für sämmtliche Arbeiter. Und bei nöthiger Unterstützung ist unser Sieg zweifellos.

Da man uns auf gemeine Art knechten will und uns ausgesperrt hat, wollen wir die Arbeit nicht mehr unter den alten Bedingungen aufnehmen, sondern unsere gerechten Forderungen stellen.

Kollegen und Genossen! Da wir nicht muthwillig streiken, sondern die Meister es sind, welche uns ausgesperrt und in den Streik hineingeht haben, glauben wir, daß unser Kampf von den Sympathien sämmtlicher Arbeiter geleitet wird. Die Meister wollen uns hungern lassen. Dies darf ihnen nicht gelingen.

Vor Zuzug nach Budapest warnen wir die Steinmeße und Steinarbeiter. Im Auftrage sämmtlicher Budapestter Steinmeßen: Das Dreißiger Komitee. Unterstützungen sind an die Redaktion „Der Steinmeß“, VI. Budapest, Remnizergasse 6, zu senden.

Demisichthes.

Wahrheit oder Konkurrenzneid? In dem vom Pfarrer Kneipp gegründeten Kinderasyl zu Wehrhosen herrscht, der „Münchener Med. Wochenschr.“ zufolge, eine heftige Typhus-Epidemie. Nach dem Fachorgan herrschen in dem Asyl auch sonst bantrübende Zustände.

Auf der Suche nach seinem Kinde wendet sich ein Herr F. H. Wedekind, Hamburg, Spitalstraße 102, an die Zeitungen Deutschlands. Während der Cholera-Epidemie in Hamburg wurde dasselbe, ein Knabe, in der Nacht vom 28. zum 29. August 1892 nach dem Allgemeinen Krankenhaus in Hamburg gebracht und nach Aussage der Wärter gerettet. Doch blieb alles Suchen der Eltern, die selbst lange Zeit todtkrank darniederlagen, nach dem verlorenen Sohn bis heute erfolglos. Da damals viele Kinder nach auswärts kamen und von kinderlosen Familien angenommen wurden, so ist es leicht möglich, daß der Knabe, der zu Ostern schulpflichtig ist, darunter gewesen ist. Der betrißte Vater ersucht nun alle jene Menschenfreunde, die damals vielleicht einen etwas über dreijährigen Knaben ohne jegliche Ausweis-papiere angenommen haben, ihm sofort Mittheilung machen zu wollen. Ein besonderes Merkmal war damals: der Knabe war gart und schlant gebaut und hatte unter dem linken Auge einen länglichen Sommersflek. Da auch in der Umgegend Berlins einige der ihrer Eltern beraubten Kinder Unterkunft gefunden haben, wollen wir nicht verfehlen, durch die Veröffentlichung des obigen zu thun, was unserselbst gethan werden kann, um den betrißten Eltern in der Auffindung ihres Sohnes behilflich zu sein.

Aus Messina und anderen Orten Siziliens wird von wellenförmigen Erdstößen berichtet, die dort in der Nacht zum Sonntag verpürt wurden.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

W. F. 61. In diesem Falle gilt Ihr Miethskontrakt, der wahrscheinlich bestimmt wird, daß Sie die Schlüssel abzuliefern haben, sobald die Wohnung von Ihnen verlassen ist.

Entgelt. Berliner Packetfabrik-Gesellschaft. Benachrichtigen Sie die Gesellschaft per Postkarte, wo und wann die Sachen abzuholen sind.

Ungener Volksblatt. Warum sendet man uns keinen Bericht oder Ihr Blatt?

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Opernhaus. Hänsel und Gretel. Karneval.
Schauspielhaus. König Ottokar's Glück und Ende.
Deutsches Theater. Die Weber.
Festung-Theater. Soboms Ende.
Berliner Theater. Madame Sans-Gêne.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Neues Theater. Siebe von Heut. Vorher: Unsere Backfische.
Theater Unter den Linden. Marocco Boud.
Sallealliance-Theater. Verliebte Mädchen.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Dienstag, 12. März, abends 8 Uhr: **Hagar's Sohn.**
Mittwoch, 13. März, abends 8 Uhr: **Grachus, der Volkstribun.**
Donnerstag, 14. März, abends 8 Uhr, zum 1. Male: **Die Journalisten.** Lustspiel in 4 Akten von G. Freytag.
Freitag, 15. März, abends 8 Uhr: **Grachus, der Volkstribun.**
Sonntag, 16. März, abends 8 Uhr: **Die Journalisten.**

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Sensationelle Novität!
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft **William Calder**
Die lebende Brücke.
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), noch dem Englischen von Sutton Vane, übersetzt von J. Schwab. Dirigent: Adolph Wiededeck. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Salomsky. Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. — Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgens: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Emil Thomas a. G.
Novität! Zum 25. Male: Novität!
Unsere Rentiers.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannshardt und Julius Freund.
Musik von Julius Einödhofer.
Anfang 7/8 Uhr.

Feen-Palast

Burgstr. 22, neben der Börse.
Neues colossal. Programm.
Die 8 Granathos.
Die myriaden Liliputaner (darunter die kleinste Serpentin-Tänzerin der Welt).
Contra August u. seinem brasilian.
Orang-Utang.
Little Ella, das Wunderkind.
Mr. Paolo Vendaro.
Lilly Wellini, Kothim-Soubrette.
Wilhelm Fröbel.
Berlins 1. Orig.-Humor-Matador.
Gisella-Trio.
The 4 Original-Dissennatos.
Brothers Uricos.
Anfang: Wochenl. 7 1/2 Uhr, Sonntag: Konzert 6 1/2 Uhr, Vorst. 7 Uhr.

Parodie-Theater

Oranien-Straße 52 (am Morihpl.).
Kabale und Liebe
oder: Der abgeführte Wurm.
Die lebende Mordgrundsbrücke
oder: Der verführte Kreis.
Madame Sans-Gêne.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Castan's Panoptikum.

Nach nie dagewesen!
Die Biesen des dunkeln Erdtheils:
Die Dinka,
40 Männer, Frauen u. Kinder.
Das schockige Mädchen Marietta.
„Präsident Faure“.
Briefmarken, einzelne, wie ganze Sammlungen, kauft Kaim, Friedrichstr. 236.

Adolph Ernst-Theater

Auftreten der ersten Pionette- u. Courbette-Tänzerin Englands vom Prince of Wales-Theater in London.
Ein fideles Corps.
Große Gesangsposse mit Tanz.
Nach dem englischen Original „A Gaiety Girl“ von Jones Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.
Vorher:

Gefundeball.

Schwant in 1 Akt von Ed. Jacobson und Jean Kren.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Böhmisches Brauhaus

Landsberger Allee.
Jeden Dienstag:
4262. Soirée
der **Stettiner Sänger**
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pfg.
Vorverkauf 40 Pfg. (Siehe Plakate.)
Zum Schluss: Neu:
Der verliebte Schwiegerjohn.
Komisches Ensemble.
Donnerstag: **Sanssouci.**

Passage-Panopticum.
27
Gitanos
aus **Andalusien.**
Vorstellung um 4, 5, 6, 7, 8 u. 9 Uhr.

Kaufmann's Variété
Station Naucke genannt!
8 1/2 u. 9 1/2 Uhr.
„star“
Naucke
der **Saison!**
dazu 16 Glanznummern.

Unter den Linden 21.
Einzig in seiner Art.
Heute zum **182.** Male.
Täglich abends 7 1/2 Uhr
Oriental. Magie.
Preise: 8, 2 und 1 M. Sitzplatz.
Jeden Sonntag Nachmittag 4 Uhr: Familien-Vorstellung zu halben Preisen.
Bekanntmachung.
Dritter Nachtrag
zum Statut d. Orts-Krankenkasse für das Gewerbe d. Verfertigung von Musikinstrumenten vom 30. März 1893.
Artikel I.
Zm 1. Absatz des § 42 werden die Worte: „Von den Vorstehenden muß einer ein Arbeitgeber, einer ein Arbeitnehmer sein“, gestrichen.
Artikel II.
Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 28. Dezember 1894.
Der Vorstand.
Stellvert. Vorst.: Schriftführer: Püschel. Holzmann.
Vorstehender Nachtrag wird hierdurch genehmigt.
Berlin, den 6. Februar 1895.
Der Bezirksausschuss: Kaiser. 204/12

Ben-Ali-Bey.
Täglich abends 7 1/2 Uhr
Oriental. Magie.
Preise: 8, 2 und 1 M. Sitzplatz.
Jeden Sonntag Nachmittag 4 Uhr: Familien-Vorstellung zu halben Preisen.

Musikinstrumente. Spotbill. veräußert, Invalidenstr. 157, III.

Unserem Freunde und Genossen, dem Gastwirth **W. Graffunder** zu seinem heutigen Wiegensfeste ein dreimal donnerndes Hoch! 30606
Seine Stammgäste:
V. G. H. Sch. M. G. B. B.

Der Restaurateurin **Frau Volkshin** zum 42. Geburtstag ein dreifaches Hoch, daß die Stadtstraße wackelt und alle Puffen Schottisch tanzen. 30556
St. G. H. R. Anna 7 trinkt.

Dem Genossen **H. Dillenberg**, Mariannenstr. 22, senden zu seinem Geburtstag die besten Wünsche. 30546
H. u. B.

Unserm Bruder und Freund **Heinrich Wischke** zum heutigen Tage ein dreimal donnerndes Hoch! 30576
Heinrich merkst Du was?
B. M. G. M. R. K. O. R. H. R.

Achtung! Achtung!
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Das Mitglied **Albert Lorz, Maler,** wird heute, Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Richthofes Zogeler Chaussee aus beerdigt. 284/20
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann **Paul Lehr**, am Sonntag, den 9. März, nach langen, schweren Leiden sanft entschlafen ist. 30536
Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Courbidrestraße 12, aus, statt.
Bankue Lehr geb. Sohr.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbniß meines lieben Mannes, unseres Vaters **Albert Bettaque,** sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten für die ergebene Trauermühe und zahlreichen Kranzspenden, sowie dem Chef, Herrn Rosenfeld, und seinen Kollegen, unsern tiefgefühltesten Dank. 30656
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die innige Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders des Instrumentenmachers **Gustav Münch**, sagen wir hierdurch allen Bekannten und Kollegen unsern herzlichsten Dank. 30566
Die trauernden Hinterbliebenen.

Kranzbinderei u. Blumenhdlg. Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Berein der Arbeiterinnen an Buch- u. Steindruckmaschinen
Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Schneider, Annenstr. 16:
Vereinsversammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag über Frauenleiden. Ref.: Herr Dr. Weyl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. Nach der Versammlung: Gemüthl. Beisammensin.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
30556
Der Vorstand.

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem 1. März d. J. das **Mehl- u. Hülsenfrüchte-Spezial-Geschäft, Reinickendorferstr. 23a,** käuflich erworben habe.
Indem ich höflich bitte, das Herrn **Hinke** entgegengebrachte Vertrauen auf mich gütlich übertragen zu wollen, gebe ich die Versicherung, daß es immerfort mein Bestreben sein wird, bei soliden Preisen stets nur gute, reelle Waaren zu liefern. 1891L
Berlin, den 1. März 1895.
Hochachtungsvoll
Hermann Hecht.

Bod- u. Brauerei Tempelhofer Berg.
57. Bod-Saison.
Täglich:
Militär-Konzert.
Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.
Mehl- und Vorkostgeschäft mit Rolle v. Lodesf. vert.
Denise, Graudenzstr. 14.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Oranienhallen“, Oranienstraße 51:
Grosse Versammlung.
Der Vorstand.

Gauverein Berliner-Bildhauer.
Dienstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, Annenstraße 16:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 72/12
1. Geschäftliches. 2. Berathung event. Anträge zur General-Versammlung auf Abänderung des Statuts. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Achtung! Arbeiterinnen u. Arbeiter. Achtung!
Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Kessler, Koppenstr. 29 (gr. Saal):
Große öffentliche Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes. Referent: Reichstags-Abgeordneter E. Wurm. Zahlreiches Erscheinen aller Berufs erwartet
Die Einberuferin.
126/17

Fachverein der Tapezierer.
Dienstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Kroll.** 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. Ausgabe der Billets zur „Urania“.
Der Vorstand.
232/12

Orts-Krankenkasse für das Tapezierer-Gewerbe zu Berlin.
Sonntag, den 17. März, Vorm. 10 Uhr:
Wahlversammlung behufs Wahl von 10 Vertretern der Arbeitgeber zur **General-Versammlung** im Lokale des Herrn Ehrlich, Stralauerstraße Nr. 31.
Wahlversammlung behufs Wahl von 20 Vertretern der Kassenmitglieder zur **General-Versammlung** im Lokale Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20.
Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, da die Wahlhandlung präzis 12 Uhr mittags geschlossen wird.
Donnerstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
Vorversammlung der großjährigen Kassenmitglieder.
Tagesordnung: Ausstellung der Kandidaten zu der am Sonntag, den 17. März, stattfindenden Wahl. Mitgliedsbuch legitimirt.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Achtung! Töpfer. Achtung!
Mittwoch, den 13. März, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Fey, Brunnen-Straße Nr. 184:
Öffentliche Versammlung aller Töpfer und Berufsgenossen
Berlins und Umgegend.
Tagesordnung: 1. Bericht des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission, Stellungnahme zur Feier des 1. Mai. 2. Gewerkschaftliches.
Kollegen, da uns bekannt geworden, daß die Innungsmeister in diesem Jahre an unserem Lohnstarif rütteln wollen, so ersuchen wir Euch, alle Mann für Mann und pünktlich am Platze zu sein.
Der Vertrauensmann. J. B.: **Rich. Hagen.** 244/17

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler u. Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.
Mittwoch, den 20. März, abends 8 Uhr, im Saale der „Arminhallen“, Kommandanten-Straße Nr. 20:
General-Versammlung der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.
Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung für das Jahr 1894. 2. Bericht der Revisoren. 3. Verschiedenes.
30946
Der Vorstand.

An- und Verkauf
von Resten aller Art, als Regennäntel, Jaquet, Capes, Stoffe, Anzugsstoffe. Resthandlung **Bergmannstraße 2, Derg.** 18589

Putz- u. Modewaaren
von **Marie Miesterfeld,** Berlin 50., Mantuffel-Straße Nr. 19.
Empfehle mich zur laudlichen Ausföhrung von Strohh-, Filz- u. Trauerhüten zu billigen Preisen. 30666

Sophabezugs-Neste
Tischdecken-Neste, Portieren-Neste, Gardinen-Neste am billigsten Grüner Weg 57.
Blumenhandl. u. Kranzbinderei v. H. Pietsch, 60. Friedenstr. 60.
gebraucht, kauft Möbel-Handlung Rosenthaler-Straße 13.
Die am 6. März ex. ausgesprochene Beleidigung gegen den Tischler **Paul Großmann,** Wienerstr. 27, nehme ich hiermit zurück.
30716
Hermann Bitter.
Die gegen Frau **Müller** geübte öffentliche Beleidigung nehme hiermit zurück.
Otto Stahl. 18659

Widhgehefts-Atensilien und Molkereigeräthre, Jordan, Kleine Markuststr. 28.
Destillation an einen Parteigenossen zu verl. Swinemünderstr. 45. 30426
Kleine Wohnungen verm. sehr billig Commoia, Oranienstr. 8.
Kotibuser Ufer 61 gesunde Wohnung. 80-95 Zhr. 3959R
Görthelstr. 42 mehrere freundl. Hinterwohnungen, v. 204 M. an, zum 1. April 1895 zu vermieten.
Hülffstr. 13 bill. Wohnungen 1 und 3 Zr. 28466
Bereinszimmer zu verg. Krautstr. 39 mit Piano.
Simeonstr. 23, Pflst. 25466

C. Bolzmann's Gesellschafts-Säle, Lichtenbergerstr. 16.
Säle und Vereinszimmer von 20 bis 500 Personen. 1521L
Etablissement „Süd-Ost“
Waldemarstr. 75.
Empfehle meinen Saal (500 Personen fassend) und Restaurant zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Sonntags u. Sonntage sind noch frei.
18659
C. Ulrich.

Konkursmasse Filiale H. Rosendorff jr.

Anvalidenstr. 161 (zwischen Markthalle und Brunnenstraße)

Bestehend aus Damen-, Herren- und Kinderwäsche, Gardinen, Teppichen, Läuferstoffen, Leinen, Bettzeuge etc. kommen nur an den Wochentagen von 9-1 und 3-8 Uhr zu fest taxirten Preisen zum Ausverkauf.

Ein verlorener Sohn

(Arnold's Heimkehr), Bild aus dem Arbeiterleben in 1 Akt von Fr. Grundmann. Preis 30 Pf. (Porto 3 Pf.), 8 Bücher als Rollen 1,00 M. (Porto 10 Pf.), Katalog gratis. Neue Romane: „Gottlose Zeit“, „Zehn Gebote“ & 75 Pf., „O Aegir“ 60 Pf., Duets: „Soziale Fragen“ 80 Pf., „Rango und sein Junge“ 1,25 M. (Porto 5 Pf.) Ansicht- u. Auswahlsondungen bereitwilligst! A. Hoffmann's Verlag, Berlin O. 27, Krautstrasse 38a.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königl. 59, vorn I., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderstühle 15, Küchenstühle 12, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nußbaum-Kleiderstühle 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelleiderstühle 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Kolonialbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspiegel, Paneelsofhas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Konfessionische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehlung allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gelaupte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Brauerei Pichelsdorf

Telephon: Amt Spandau Nr. 13. Telephon: Berlin Amt VI Nr. 1116.
empfehlen ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere. 17858*

Lagerbier, hell, Exportbier, dunkel, Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.

Konstanteste Preise. Niederlage: Berlin, Königin-Augustastr. 1, am Hasenplatz, Ringbahnbogen 1-8. Prompteste Bedienung.

Möbel-Magazin

C. Wildberger, Lübeckerstr. 31 (Monbit). Große Auswahl in eleganten und einfachen Möbeln. Preise äußerst billig bei nur solider Ausführung.

Bier-Verlag Max Koch, Matthienstr. 17 (im Brandenburger u. Alexandrinenstr.) empfiehlt sich den Genossen zur Lieferung sämtlicher Biere für Wechselläden sowie den Hausbedarf.

Weinhandlung C. Böhme, f. 1889 Reichenbergerstr. 143 empf. Rum, Glühwein, Punsch-Essenzen etc. v. 1,60 M. an; Bordeaux-, Portugiesische Ungar- u. Rheinw., Liqueure u. Fruchtsäfte

Möbel direkt aus der Fabrik. Große Auswahl in Nußbaum und Mahagoni zu den billigsten Preisen. Otto Berger, Dresdenstr. 116-117.

Vorwärts kostet nur 1/2 Liter-Flasche Mk. 1.-



Vorwärts wird überall ausgeschenkt. Vorwärts ergibt bei 1/2 Vormärts und 2/3 Wasser und etwas Zucker einen ausgezeichneten Punsch.

Butter feinste Caselbutter à Pfund 110; feinste Eisbutter à Pfd. 100; frische Eibutter à Pfd. 90; Landbutter à Pfd. 60, 70 und 80 Pf.

Rum anerkannt gut, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger. Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,-.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren liefert zu billigsten Preisen in reichster Auswahl die Fabrik Frucht-Strasse 25, part.

Ausverkauf v. Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaaren wegen Aufgabe des Ladengeschäfts zu herabgesetzten Preisen von

Rohrtabak. Größte Auswahl! Billigste Preise! Lager in Formen, Bockkäse. Heinrich Franck, Hr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Julius Apelt, Sebastianstr. 20.

Arbeitsanjüge W. Pahr, Brunnenstr. 112.

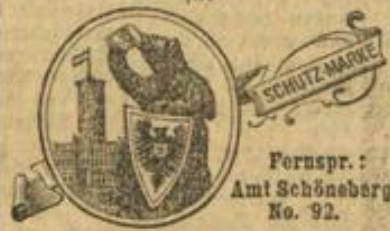
C. Götz, Leipzigerstr. 123.

Medoc Estrac pr. Fl. 1,15
Cantenac 1,20
Cotes de Bourq. 1,20
Medoc St. Julien 1,45
Chateau Margac 2,20
Jeltinger (Riesel) 0,60
Cognac Renard Fils u. Co. 2,20
Bisquit Dubouché u. Co. 3,90
Ciercognac (Arvocal) 2,60
Kann, Krac 2,00
Lieferung frei Haus oder Bahnhof Berlin. Fernspr. N. VI. 4655.

Möbel-Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderstühle und Vertikows 30 M., einfache 15 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Nachtschulden, Küchenstühle, Kommoden 12 M., Stühle 8 M., Sophas, Bettstellen 6 M., Säulen-Trumeaus 65 M., Plüschgarnitur 60 u. 100 M., Muschelleider 10 M., Paneelsofhas 80 M., Buffets, Schreibstühle, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand verschmähen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gelaupte Möbel werden bis 1. April kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt. 10842* Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Nennmiste Bezugsquelle



Berliner Fernspr.: Amt Schöneberg No. 92.

Export-Weissbier.

In Flaschen und in Fässern. Fabriken und Werkstätten erhalten Wiederverkäufer-Preise.

Berl. Export-Weissbier-Brauerei

A. Geidler Schöneberg - Berlin W. Sedanstr. 73-75 u. 82.

Bereinszimmer m. Piano noch frei Haungstr. 86.

Möbel-

Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten etc. im Möbelspeicher, 17212* Rosenthaler-Strasse 13, I. Dasselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verliehen gewesene Möbel zu wahrhaftigen Spottpreisen. Teilzahlung gestattet. Kleiderstühle 15, Küchenstühle, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nußbaum-Kleiderstühle, Vertikows 30, Stühle 3, Muschelleider 40, Trumeaus 65, Paneelsofhas 75, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Konfessionische, Spiegel, alles staunend billig. Gelaupte Möbel können auf meinem Lager bis April kostenfrei stehen und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

J. Sturm, Münzstrasse 5, Friedrichstr. 25/26

Bonbon, Marzipan, Confituren. Bei Gefalt. Düften etc. mache man einen Versuch in Sturm's Pectoral-Bonbon, per Paket 20 Pf.

Stempel- u. Abzeichen-Fabrik. H. GUTTMANN, Gnoisenaustrasse No. 112.

Kinder-Wagen, Reisekörbe Fabrikpreise, auch Teilzahlung. G. L. Herrmann, Gnoisenaustrasse No. 112.

Tuche, Seidenstoffe, Sammete, Cachemire, Portieren billig. 18572 Meisterhandlung, Zimmerstr. 65.

Seidenstoffe

Sammete, Plüsch, Velvets, Cravattostoffe. Alles in größter Auswahl. Billiger als in jedem Laden. Stralauerstr. 44, I. Tr. (Rein Laden.)

Nußbaum-Möbel. Verlaufe sof. vollständige Wohn- und Schlafzimmer-Einricht. spottbillig, auch einzeln, sowie Regulatur, Teppiche, Bilder, Steppdecken, Plüschgarnitur (Brautleuten empfehlenswert). Landwehrstraße 5/6.

Arbeitsmarkt.

Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik!

Die Kollegen der Piano-Fabrik von Görs & Kallmann

haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelagt. Inzug ist strengstens fernzuhalten.

Gleichzeitig ist für die Branche Zusammenseher der Pianofabrik Kunze & Sohn, Blumenstr. 70, infolge Maßregelung laut öffentlicher Versammlung vom 18. Januar cr. die Sperrre verhängt worden.

198-13 Die Lohnkommission. Tüchtige Schraubendreher verlangen bei lohnendem Akord Beattel & Hund, Brandenburgstr. 6. 3005b

Tüchtige Hornbrechler u. Stockpolierer finden sofort Beschäftigung. H. Horstmöller, Breslau, Partschstr. 15.

Plausenarbeiterinnen verlangt 3063b Volkmann, Grüner Weg 69.

Schleifen, Zedols- u. Spitzenträger-Arbeiterinnen finden lohnende Beschäftigung bei Fränkel & Roer, Kommandantenstr. 13. 3066a

Goldleisten. Tücht. Belegerinnen u. Vergolderinnen finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung. Köpnickstr. 109a.

Vergolder-Gehülfen u. feine Polierer-leisten verl. Müller, Grüner Weg 66.

Plätterinnen auf Oberhemden u. Marschetten finden dauernde Beschäftigung bei Karpe, Blumenstr. 70. 3070a

Gesucht tüchtige Polierer auf Schirmhütchen. Off. Hotel Germania, Alexanderplatz.

In Roh-Tabaken

und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten

!! billigster

Einkauf!!

W. Hermann Müller Berlin Alexanderstr. 22. Streng reelle Bedienung.

Creditgewährung nach Uebereinkunft!!

Ein Jeder mache den Versuch.

Bestes Nuzmittel der Welt!



Diese Universal-Metall-Putz-Pomade ist von uns zuerst im Jahre 1876 zur Einführung gebracht und das Fabrikzeichen 'Delm' durch gesetzliche Eintragung zur Schutzmarke gekennzeichnet worden. Wir stellen dieses Erzeugnis in den anerkannt hervorragenden und unübertroffenen Eigenschaften jetzt sowohl in rother wie in weisser Farbe her. Proben und Preisangabe frei und unberechnet.

6 Pfund Albrecht's Brot für 3 Bäckerei, liefert Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

Sophastoff-Reste

in Nips, Damast, Cröpe, Phantastie, Gobelin und Plüsch spottbillig. Proben franko!

in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Emil Lefevre, Oranienstraße 158.

Buchführung, auch handweise, befragt zuverlässig 8 811 n, Saarbrückerstr. 7, 2084b

Waarenhaus Sign. Simonsohn, Oranienstraße 166, 2. Haus vom Oranienplatz. Weiße Damen-Hemden v. 66 Pf. an. | Stickerei-Damen-Hosen v. 92 Pf. an. | Stickerei-Röcke v. 185 Pf. an.

Möbel-Magazin Berlin NW., Bremerstr. 67. **Otto & Slotawa, Tischlermeister.** 2. Geschäft: Gotzkowskystr. 3. 1787L* **Barg-Magazin** und Beerdigungs-Comtoir.